



# Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 23

BERLIN, DEN 7. JUNI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Vorbereitung des Krieges / Semard: Die imperialistischen Kriegsdrohungen  
und Frankreich / Heckert: Die wirtschaftliche Lage, die Gewerkschafter  
und die Wirtschaftskämpfe in Deutschland / de Vries: Der jüngste Partei-  
tag der holländischen Sozialdemokratie / Bliskewitzkij: Die Konzentration  
in England / Bücher- und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

## VIII. Jahrgang 1927

HEFT 23

7. JUNI

### I N H A L T

	Seite
Vorbereitung des Krieges . . . . .	1097
Semard: Die imperialistischen Kriegsdrohungen und Frankreich . . . . .	1100
Schami: Kriegsgefahren in den arabischen Ländern . . . . .	1105
Heckert: Die wirtschaftliche Lage, die Gewerkschaften und die Wirtschaftskämpfe in Deutschland . . . . .	1116
Bosse: Der Anti-Imperialismus und die amerikanische Arbeiterklasse . . . . .	1120
de Vries: Der jüngste Parteitag der holländischen Sozialdemokratie . . . . .	1128
Bliskewitzkij: Die Konzentration in England . . . . .	1134
F. G.: ISK, Mitteilungsblatt des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes . . . .	1140
B. B.: „Der Klassenkampf“ . . . . .	1143

### P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	" 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	" 1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	" 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## VORBEREITUNG DES KRIEGES

Der Abbruch der englisch-russischen Beziehungen hat seine Ursachen in weit zurückliegenden Ereignissen. Der Beginn der wilden Hetze gegen die Sowjetunion, der Zeitpunkt, wo die englischen Konservativen sich als offene und unmittelbare Aufgabe den Abbruch der offiziellen Beziehungen zwischen England und der USSR stellten, fällt in jene Periode in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, wo die reformistischen „Führer“ der Arbeiterklasse, die sich in der Leitung der Gewerkschaften festgesetzt haben, sich durch den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks von 1926 unsterblich machten. Die selbstlose Hilfe, die das Sowjetproletariat seinen englischen Brüdern brachte und die während der ganzen Dauer der Aussperrung der Bergarbeiter fortgesetzt wurde, wurde von der englischen Bourgeoisie als direkte Bedrohung ihrer Herrschaft durch die Sowjetunion empfunden. Schon die ganze Haltung der trade-unionistischen Führer, die zwar eine schroffe und offene Abgrenzung von den Sowjetgewerkschaften nicht wagten, im englisch-russischen Komitee und auf dem Gewerkschaftskongreß in Bornemouth jedoch unverhüllt gegen die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie Stellung nahmen, berechnete die Bourgeoisie zu der Annahme, daß die „kommunistische Gefahr“ sich zu einer Losung zur Entzweiung der englischen Arbeiterklasse machen läßt.

Die Niederlage der Bergarbeiter flößte den Konservativen in ihrem Kampf gegen die Sowjets neue Hoffnungen ein und ermunterte sie dazu, ihren Sieg über die englische Arbeiterklasse sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch auszunützen. Der Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion, die Schwächung der internationalen Stellung des ersten proletarischen Staates, war genau so ein innenpolitisches Mittel, genau so eine Methode der Entfaltung eines Angriffes auf die eigene Arbeiterklasse, wie die Desorganisation des englischen Proletariats eine Voraussetzung war für die immer häufigeren Angriffe gegen die Sowjetunion, die jetzt zu dem bekannten Ergebnis geführt haben.

Trotzdem die Labour Party und der Generalrat der Gewerkschaften sich formell gegen den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen erklärten, stärkten gerade ihre kompromißlerische Taktik und ihre Selbstbeschränkung auf die Rolle einer Opposition Seiner Majestät die Konservativen in ihrem Entschluß, ihr Unternehmen bis zum gewünschten Ende zu führen.

Der zweite Moment, der die englische Reaktion veranlaßt hat, die Beziehungen zur Sowjetunion abubrechen, ist die revolutionäre Bewegung in China, die seit dem Schanghaier Streik sich in kurzer Zeit zu einer national-revolutionären Bewegung von grandiosen Ausmaßen entwickelt hat.

Die von den englischen Imperialisten verbreitete Legende über den bolschewistischen Ursprung der chinesischen Revolution, die angeblich von Moskauer Agitatoren mit Moskauer Geldern hervorgerufen worden ist, ist für das breite Publikum bestimmt. Die Imperialisten selber glauben nicht im geringsten an eine solche Erklärung der sich in China abspielenden

sozialen Prozesse. Gleichzeitig sind sie sich vollkommen im klaren darüber, daß für die Unterdrückung der revolutionären Bewegung in China — sei es durch einzelne chinesische Militaristen, sei es durch unmittelbare ausländische Intervention — allein schon die Tatsache ein unüberwindbares Hindernis darstellt, daß in der Nachbarschaft Chinas ein Staat existiert, der das Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationalitäten proklamiert hat und der der chinesischen Revolution in ihrem Kampf gegen den fremden Imperialismus moralische Unterstützung gewährt.

Ja noch mehr: der Einfluß der Oktoberrevolution auf die revolutionäre Bewegung in China, die kommunistische Führung der chinesischen proletarischen Massen, die von der in Moskau befindlichen Kommunistischen Internationale ausgeht, — all das vertiefte den Haß des britischen Imperialismus gegen Moskau und trieb es zu einem Bruch.

Aus dem konsequenten Kampf gegen die ungleichen Verträge erwachsen für das in chinesischen Fabriken, Werken und Eisenbahnen investierte englische Kapital sowie für die englische Exportindustrie, wie z. B. für die Textilindustrie, die einen bedeutenden Teil ihrer Produktion auf dem chinesischen Markte absetzt, bereits jetzt einschneidende wirtschaftliche Folgen. Dieser Umstand, der in nächster Zukunft an Bedeutung noch zunehmen dürfte, zwingt die englische Bourgeoisie und damit auch die Regierung der Konservativen, die Entwicklung des revolutionären Kampfes in China besonders wachsam zu verfolgen.

Ferner erkennt die englische Bourgeoisie sehr wohl, welche katastrophalen Folgen die Befreiung Chinas aus der Fremdherrschaft für die Unversehrtheit des britischen Kolonialbesitzes haben könnte, in erster Linie hinsichtlich Indiens, der „Perle in der Krone des britischen Reiches“.

Für das britische Kapital stand allzu viel auf dem Spiel und darum unternahm es den Versuch, mit äußerster Anspannung der Kräfte das Rad der Geschichte, wenn nicht zurückzudrehen, so doch zumindestens für eine gewisse Zeit aufzuhalten, bis der britische Imperialismus seine Kräfte umgestellt hat.

Das Land der Sowjets, die proletarische Diktatur, die in dem Kampf der unterdrückten Menschheit gegen die Klasse der Ausbeuter die moralische Führung inne hat, ist in den Augen der englischen Diehards das Haupthindernis für die siegreiche Verwirklichung der Einheit zwischen der chinesischen Reaktion und der englischen Intervention.

Auch in dieser Hinsicht zeigt die zweideutige Position der englischen Reformisten, die Chamberlain und Baldwin durch den Mund Macdonalds eine Blancovollmacht in bezug auf die chinesische Politik erteilen, den englischen Konservativen, daß der Widerstand der Labour Party gegen die antisowjetistischen Pläne nur platonisch sein wird.

Der Angriff der britischen Regierung gegen die Sowjets fällt zeitlich mit zwei anderen Momenten zusammen: erstens hat die konservative Partei beschlossen, ein Gewerkschaftsgesetz zu erlassen, das den englischen Gewerkschaften das ein halbes Jahrhundert alte Streikrecht nimmt; der zweite Moment ist die neue Taktik des britischen Imperialismus in China, die darauf hinausgeht, die Einheitsfront der antiimperialistischen Kräfte zu nichte zu machen und einen Kampf innerhalb der Kuomintang hervorzurufen.

Die Februarnote der Baldwin-Regierung war die erste Salve auf die Sowjetforts.

Die nächste Etappe in der logischen Entwicklung dieses Angriffs war der Ueberfall der Polizei und der Scotland Yard auf die Arcos und die Handelsdelegation und endete mit der Note vom 27. Mai, in der die Beziehungen zwischen den beiden Ländern für abgebrochen erklärt werden.

Die Gefahr, die dieser Schritt der britischen Regierung für den Frieden bedeutet, liegt auf der Hand. Trotzdem blieb die Labour Party ihrer Tradition der Kompromisse und des Rückzuges im entscheidenden Augenblick treu und beschränkte sich auf wohlgeformte Parlamentsreden. Außerdem benutzte sie die Gelegenheit für pathetische Versicherungen, daß sie bereit sei, den Kommunismus nicht minder eifrig zu bekämpfen als die Bourgeoisie.

Der Vorschlag Macdonalds, den er am Tage seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten — wo er in gewissem Sinne Gast des Präsidenten Coolidge gewesen war — den Konservativen machte, man solle die Entscheidung für den Bruch mit der Sowjetunion den Wählern überlassen, erwies sich als eine leere Geste. Der Führer der Parlamentsfraktion der Labour Party selbst schützte Krankheit vor, um seinen Kollegen aus dem Außenministerium bei dessen „historischer“ Arbeit nicht zu stören.

Der Schritt der britischen Regierung birgt die ernstesten Folgen für die ganze Arbeiterklasse in sich und stellt sie vor eine unmittelbare Kriegsgefahr. Die englischen Konservativen haben sich freie Hand für ihre diplomatische und sonstige Arbeit gegen die Sowjetunion gesichert und werden ihren Angriff gegen die Sowjetunion natürlich fortsetzen.

Die Rede Chamberlains in der Sitzung des Unterhauses am 26. Mai, in der er sich bemühte, die Sowjetunion als einen Enterbten der Völkerfamilie darzustellen, und absichtlich betonte, daß die USSR der einzige Staat sei, der die segensreiche Rolle des Völkerbundes nicht anerkannt habe, diese Rede enthält einige Stellen, die an die Locarno-Politik anklingen, durch die England die USSR in eine „splendid isolation“ hineindrängen wollte.

Das der Regierung nahestehende Blatt „Daily Telegraph“ bringt unzweideutig die Besorgnis darüber zum Ausdruck, wie der Bruch sich auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren nächsten Nachbarn auswirken wird, und spricht die Hoffnung aus, daß er diese Nachbarn ermutigen wird. Das zeigt, daß die nächste Etappe in der Anti-Sowjetpolitik der englischen Regierung die Organisierung der Randstaaten zu einem ganz unzweideutigen Zweck sein wird. Denn ein militärischer Angriff auf die Sowjetunion ist nur denkbar mittels und mit Hilfe dieser Staaten. Der mächtigste unter ihnen, Polen, macht denn auch seit der Machtergreifung Pilsudskis aus seinen aggressiven Plänen hinsichtlich der USSR kein Hehl mehr.

Auch die reaktionären Kreise Frankreichs, vom faschistischen Italien schon ganz zu schweigen, erwägen die Möglichkeit einer Wiederholung des Experiments von 1919/20, das diesmal allerdings mehr Erfolg haben müßte.

Der Londoner Besuch des französischen Präsidenten, der mit der Zuspitzung des englisch-russischen Konflikts zusammenfiel, die Verlautbarungen von einer Neubelebung der englisch-französischen Entente, wobei die russische Frage keine geringe Rolle spielte, — alles das zwingt die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien, auf der Hut zu sein.

Die englische Politik bedeutet eine schwere Gefährdung des Friedens. Der zehnte Jahrestag der Beendigung des Weltkrieges kann mit der verbrecherischen Entfesselung einer neuen Weltkatastrophe zusammenfallen. Die proletarische Sowjetrepublik ist von kapitalistischen Feinden umringt und bildet den Mittelpunkt ihrer Angriffe.

In dem Bestreben, mit der eigenen Arbeiterklasse abzurechnen, wirft der internationale Faschismus seine Kaders in erster Linie gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt und schreckt vor keinem Mittel zurück.

Die Sowjetunion kann der Sympathie und der aktiven Unterstützung seitens des Proletariats der ganzen Welt sicher sein. Die Avantgarde des Proletariats — die Kommunistische Partei — wird nicht müde werden, die Heuchelei der Sozialpatrioten und Reformisten zu entlarven, die die Arbeiterklasse so viele Male schon verraten haben und deren neuerlicher Verrat nicht ausgeschlossen ist.

Die Arbeiterklasse muß auf der Hut sein, denn der Angriff auf die Sowjetunion bedeutet einen Angriff auf die Arbeiterklasse. Indem die Arbeiterschaft den Sowjetstaat schützt, schützt sie sich selbst.

PIERRE SEMARD:

## DIE IMPERIALISTISCHEN KRIEGSDROHUNGEN UND FRANKREICH

Seit dem Weltkrieg von 1914—1918 hat sich das Problem der Absatzmärkte verschärft und ist bestimmend für die internationalen Beziehungen; trotz aller zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Abkommen tobt unaufhörlich ein dumpfer, erbitterter Kampf um die Eroberung der einzelnen Märkte.

Die Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten klaffen so ziemlich überall und lösen wirtschaftliche Kämpfe aus, die auch die Vereinbarungen auf industriellem und kommerziellem Gebiet nicht abschwächen können. Diese Vereinbarungen sind nur ein vorübergehender Waffenstillstand innerhalb des verstärkten Konkurrenzkampfes und in der beständigen Schlacht um die Eroberung neuer Absatzgebiete und um die Sicherung neuer Märkte. Diese unlöslichen Widersprüche führen unvermeidlich zu neuen Konflikten im Weltmaßstab.

So weisen die Ziffern des internationalen Tauschhandels für Kontinental-Europa allein im Vergleich zu denen des Jahres 1913 nur 94 Prozent auf, während die Produktionsziffer vergleichsweise auf 104 Prozent gestiegen ist. Der Anteil Europas in der Gesamtheit des internationalen Handels ist von 39,3 Prozent auf 33,1 Prozent gefallen.

So erklären sich die Ursachen des wirtschaftlichen Kriegszustandes, der zwischen einzelnen Staaten herrscht und den der Versailler Vertrag mit seinen 7000 Kilometern Zollgrenze nur noch verschärft hat.

Die Kämpfe um die Vorherrschaft zwischen den großen imperialistischen Staaten: Frankreich, England und Italien in den Balkanländern und um

die Vormacht im Mittelländischen Meer, die politischen und ökonomischen Konflikte, die zwischen Deutschland und Polen, Frankreich und Deutschland, Italien und Frankreich, England und Deutschland, England und Frankreich sich verewigen, sind ebenso viele Kriegskeime, die durch gewisse Vereinbarungen von Macht zu Macht noch verschärft werden.

In der Tat, seit dem Ende der imperialistischen Menschenschlächtereien von 1914—1918, seit dem Vertrag von Versailles, der, indem er die Welt neu aufteilte, zu einer Quelle von Konflikten zwischen Siegerstaaten und Besiegten wurde, haben die Kämpfe, die Kriege und Guerillakriege nicht aufgehört: Konflikte zwischen Deutschland und Polen um Oberschlesien, griechisch-türkischer Krieg wegen Smyrna, italienisch-jugoslawischer Krieg wegen Fiume, militärische Konflikte zwischen einzelnen Balkanstaaten, Interventionen der kapitalistischen Staaten gegen die proletarische Revolution in Ungarn, Intervention der von den Imperialisten gedungenen weißen Generale gegen die USSR und ökonomische Blockade, Krieg des von den imperialistischen Staaten bewaffneten Polen gegen die USSR, militärische Ruhrbesetzung, Kolonialkriege in Marokko und Syrien, und was uns noch näher liegt: die französisch-italienische Spannung in bezug auf das Mittelmeer-Problem, der neueste italienisch-jugoslawische Konflikt, der durch die faschistischen Absichten auf Albanien ausgelöst wurde, die bewaffnete Intervention Amerikas gegen Nikaragua und Mexiko und die imperialistische Intervention gegen die chinesische Revolution.

Diese vielfältigen Konflikte, die aus den Widersprüchen und aus den divergierenden Interessen der einzelnen Staaten und aus ihrem Bedürfnis nach Absatzwegen geboren sind, haben zur Folge, daß der Krieg zur permanenten Erscheinung geworden ist und daß er die Tendenz hat, sich in einen ungeheuren Weltbrand umzuwandeln, der nach seiner Heftigkeit und seinen politischen und ökonomischen Folgen den von 1914—18 weit hinter sich lassen wird.

Und trotzdem befinden sich die großen imperialistischen Mächte auf dem Weg zu dieser Katastrophe, die die ganze Welt umstürzen wird, indem sie den Krieg in China organisieren und den gegen die russische Sowjetrepublik fieberhaft vorbereiten, mit dem doppelten Ziel, diese beiden revolutionären Kräfte, die eine ständige Bedrohung des kapitalistischen Regimes sind, zu zerstören und andererseits diese beiden ungeheuren Märkte zu erobern und für sich zu erhalten, ohne die der internationale Kapitalismus nicht leben kann.

Die Orientierung des imperialistischen Kampfes gegen die USSR ist nicht neu; sie tritt nur in eine aktivere Phase ein, die, wie die Imperialisten hoffen, die entscheidende sein wird.

Die Existenz der USSR und der Triumph der chinesischen Revolution sind für die imperialistischen Staaten unerträglich, weil sie zugleich eine beständige Gefahr für ihre Kolonien und eine Ursache wachsender sozialer Unruhen in den Mutterländern sind, wo die Sympathien der Arbeitermassen für das revolutionäre China und für die USSR von Tag zu Tag wachsen.

Um sie beide niederzuschlagen, hat England entschlossen die Initiative der Provokationen und militärischen Interventionen ergriffen, und bemüht sich, die Einheitsfront der imperialistischen Staaten herzustellen.

Die unverschämte Note, die Chamberlain an die USSR gerichtet hat, die

Angriffe auf die diplomatischen Kuriere und die Sowjetinstitutionen in Peking, Schanghai und London und die Intrigen in den an Rußland angrenzenden Staaten einerseits, die englischen Provokationen und Machenschaften in China, das Bombardement von Wan-hsien und Nanking und die Intrigen bei Tschang Kai-schek und Tschang Tso-lin, um sie zu ermutigen, den Bolschewismus in China anzugreifen andererseits, sind eben so viele feindliche Handlungen und Akte, in die der englische Imperialismus sich bemüht, alle Großmächte hineinzuziehen.

Seit Jahren mischt sich der englische Imperialismus ganz besonders in das politische Leben Polens und Litauens, wo ein von ihm unterstützter Staatsstreik eine faschistische Regierung zur Macht gebracht hat. Er bemüht sich eben jetzt, Litauen, das einen Neutralitätsvertrag mit der USSR unterzeichnet hat, loszulösen, und er beeinflußt Bulgarien und Rumänien, um sie in die ungeheure antisowjetistische Front einzubeziehen, die von Finnland bis Rumänien reicht, und er sehnt sich danach, diese von Deutschland, auf das es einen Druck ausübt, gestützt zu sehen.

Alle diese Kriegsvorbereitungen gegen die chinesische Revolution und gegen die erste proletarische Revolution erfolgen unter der Losung: „Kampf gegen Kommunismus und Bolschewismus“; sie sind begleitet von einem verstärkten Druck gegen die Arbeiterbewegung und ihre revolutionären Organisationen, während die Rüstungen überall bis aufs äußerste gesteigert werden und während die industrielle Rationalisierung durch ein System militärischer Rationalisierung vervollständigt wird, das die Mobilisierung aller politischen, wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Kräfte und Organisationen für den Gesamtkrieg umfaßt.

Auf diesen Weg der Reaktion und der Kriegsvorbereitungen hat sich der französische Imperialismus begeben, der sich im gegenwärtigen Augenblick bemüht, sich mit dem englischen Imperialismus wegen einer gemeinsamen politischen und militärischen Aktion in China und gegen die USSR zu verständigen.

### Der französische Imperialismus rüstet zum Kriege

Dem französischen Imperialismus wird es zu eng in seinen Grenzen; seine industrielle Produktion ist seit dem Krieg um mehr als 30 Prozent gestiegen. Da der innere Markt begrenzt ist, braucht das imperialistische Frankreich äußere Märkte für seine Industrieprodukte, wenn nicht sein ganzer Produktionsapparat zusammenbrechen und eine schwere ökonomische Krise ausbrechen soll, die sehr bald zu einer politischen Krise werden dürfte.

Darum strebt das imperialistische Frankreich, zugleich mit seiner finanziellen Stabilisierung und industriellen Rationalisierungspolitik, die es auf dem Rücken der arbeitenden Massen durchführt, danach, die Ausbeutung der seiner Herrschaft unterworfenen Kolonialvölker zu verschärfen, darum führt es andauernde Eroberungskriege, um sich neue Absatzwege und -märkte zu sichern.

Wenn die französische Regierung im Innern den Kampf gegen den Kommunismus führt, und wenn ihre Außenpolitik sich mehr und mehr der Englands nähert, so geschieht das alles darum, weil die Interessen des französischen Imperialismus in Europa und im fernen Osten, mit Bezug auf China wie mit Bezug auf die USSR, dieselben sind wie die der anderen Im-

perialisten und wie die Großbritanniens im besonderen. Es geschieht darum, weil das imperialistische Frankreich sich der Notwendigkeit gegenüber sieht, sein Kolonial-„Reich“ gegen die „revolutionäre Ansteckungsgefahr“ zu schützen, denn Indochina liegt ebenso wie Indien vor den Toren Chinas.

Der Kampf, der in Frankreich gegen Kommunismus und Bolschewismus geführt wird, unterscheidet sich also kaum von dem, den der englische Imperialismus führt. Im übrigen haben die Staatsmänner beider Länder bei verschiedenen Begegnungen sich über die Art, in der sie ihn führen, ausgesprochen. Wenn man in London die Handelsdelegation der Sowjets durchsucht, um die USSR zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen und zum Krieg zu provozieren, so organisiert man in Paris von Grund auf ein riesiges Spionagekomplott, um die kommunistischen Vorkämpfer zu beschuldigen, und man versucht dabei, die Sowjetgesandtschaft zu kompromittieren, um die öffentliche Meinung für den Gewaltstreich vorzubereiten, den die gesamte reaktionäre Presse gegen den „bolschewistischen Agitationsherd in Paris“ fordert. Hier und dort werden die kommunistischen Führer verfolgt und eingekerkert, um der Arbeiterbewegung ihre Führer zu nehmen und um zugleich den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die finanzielle Stabilisierung und die industrielle Rationalisierung sowie die Opposition der Arbeiter- und Bauernmassen gegen den Krieg und ihre Aktion gegen die imperialistische Intervention in China und gegen Rußland zu brechen.

Den Kommunismus im Innern vernichten, um dann leichter die bolschewistische Hochburg, d. h. die USSR niederwerfen zu können, das sind die Pläne der Imperialisten. Die französische Regierung, die feierlich dem Kommunismus, „der der Feind ist“, den Krieg erklärt hat, schreitet gleichzeitig zu einer systematischen Verstärkung der Rüstungen und zur Reorganisation der Armee. Das Projekt eines Militärgesetzes, das der sozialistische Führer Paul Boncour eingebracht hat, und das die Mobilisierung der ganzen Nation ohne Unterschied des Alters oder Geschlechts und die Militarisierung der verschiedenen Arbeitervereinigungen und der Gewerkschaften vorsieht, stützt offen die imperialistische Politik Frankreichs und seine aktive Teilnahme an der allgemeinen imperialistischen Offensive.

Indessen, die Herrschenden und ihre Helfershelfer, die sozialistischen Führer, decken diese kriegerischen Vorbereitungen noch mit pazifistischen Worten und Neutralitätsversicherungen, um die arbeitenden Massen einzuschläfern; sie erklären, daß die Organisation der „bewaffneten Nation“ nur Kriege verhindern und Angriffe auf das Vaterland abwehren soll. Aber ein unvorsichtiges Wort Paul Boncours, des großen Bolschewistenfressers, in dem er sagt, daß der polnische Soldat die Wache der Zivilisation gegen die moskowitzische Barbarei bezogen hat, gibt Aufschluß über das wahre Ziel und den Charakter des Krieges, zu dem man rüstet, und dessen Furchtbarkeit er (P. B.) selbst schildert, wenn er sagt:

„Gesamtkrieg, Völkerkrieg, der alle Triebkräfte und alle Hilfsmittel der Nation in Bewegung setzt. Wir müssen also Maßnahmen treffen, die von Beginn der Mobilisierung an alles, was für den Frieden arbeitete, mit der Genauigkeit eines Uhrwerks auf den Krieg umstellt.“

Und die sozialistischen Führer haben in der Tat für alles gesorgt! Nicht nur für die Gesamtmobilisierung — ohne Unterschied des Alters und Geschlechts im Kriegsfall —, sondern auch dafür, daß dem Kapitalismus eine

ungeheure Arbeitsarmee zur Verfügung gestellt wird, die jeden Streik und jede soziale Bewegung zerschlagen soll.

Nachdem sie während der ganzen Herrschaft des Linksblocks eine groß-angelegte pazifistische Agitation trieben, die damalige Regierung stützten, jede Kriegsgefahr leugneten und den Friedenswillen aller Regierungen sowie die Kraft des Völkerbundes beteuerten, haben sie die zwischenstaatlichen Vereinbarungen und die Bildung internationaler Kartelle und Trusts zu Friedensfaktoren gestempelt und die Periode des Ueberimperialismus so dargestellt, als ob sie eine Verminderung der Kriegsgefahren bedeute. Und zur gleichen Zeit, wie sie diese pazifistische Agitation betrieben, stimmten sie für das Budget, das die Kredite für Heer und Marine sowie die für den Krieg in Syrien und Marokko in sich schloß. Selbst heute, unter der Regierung Poincaré, hat sich ihre Haltung kaum geändert; ihre Opposition gegen die Regierung der „nationalen Einigung“ ist völlig „pazifistisch“, und sie bereiten die Gesamtmobilisierung für den Gesamtkrieg vor, indem sie den Friedenswillen von „Poincaré-la-Guerre“ hervorheben und den „roten Imperialismus“ allein für die Konflikte und die Unabhängigkeitsbewegungen verantwortlich machen, in denen sich die Kolonialvölker und Halbkolonialvölker gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter und Bedrücker erheben.

So genießen die imperialistischen Regierungen bei ihrem verbrecherischen Geschäft der Kriegsvorbereitung die vollkommenste Unterstützung der sozialistischen Führer, die die ganze Nation bewaffnen und in den Dienst des Kapitalismus stellen, während sie zugleich gegen den Kommunismus und Bolschewismus einen Lügen- und Verleumdungsfeldzug führen, der den Krieg gegen die USSR „moralisch“ vorbereiten soll. Von nun ab besteht die historische Aufgabe der Sozialpatrioten, der Verteidiger des Kapitalismus in „demokratischer“ Gestalt, darin, die Massen zum Krieg und zum geheiligten Bündnis mit der Bourgeoisie zu treiben, und die sozialistischen Führer Frankreichs stehen an der Spitze der Verräter. Gegenwärtig „lassen sie das Experiment Poincaré gewähren“, wobei sie die finanzielle Stabilisierung und die Rationalisierung stützen und so den Massenwiderstand des Proletariats gegen die kapitalistischen Angriffe auf die Löhne und auf den Achtstundentag lahmlegen. Ihre Propaganda für den Völkerbund und den „Friedenswillen Frankreichs“ folgt ihrer Unterstützung des Dawes-Planes und der Vereinbarungen von Locarno, die sie als Friedensfaktoren hinstellten und also die Illusion zu schaffen suchten, daß imperialistische Kriege nicht mehr möglich seien; mit alledem tragen sie dazu bei, die Wachsamkeit der arbeitenden Massen gegen die Kriegsgefahr zu mindern. Und heute betrügen sie die Arbeiterschaft zynisch, indem sie erklären, daß der „rote Militarismus“ den Frieden bedroht, indem sie sagen, daß Kommunismus und Bolschewismus Krieg brauchen, um Revolutionen machen zu können. Damit wollen sie die Arbeiterschaft gegen die USSR und gegen die Kommunistische Internationale aufhetzen.

Der niederträchtige Verleumdungsfeldzug gegen die USSR, den die Imperialisten eingeleitet haben und der zum Krieg treiben soll, liefert den sozialistischen Führern die Grundlage, um von der Notwendigkeit zu reden, „das angegriffene Vaterland zu verteidigen“ und den Krieg, auf den sie hinsteuern, als Verteidigungskrieg hinzustellen — wobei die ge-

heiligte Gemeinschaft mit der Bourgeoisie noch fester geschmiedet werden soll. Genau so steht es mit ihrer Haltung gegenüber der chinesischen Revolution, wo sie sich für die Bildung einer „demokratischen“ Regierung aussprechen und den Bolschewismus bekämpfen, den sie für die lange Dauer des Bürgerkrieges verantwortlich machen — während sie sich zugleich für die Verteidigung der imperialistischen Konzessionen einsetzen.

So bestätigt sich ihre Rolle als Agenten der Bourgeoisie; sie nehmen selbst deren demokratische und pazifistische Phrasen auf, um die Diktatur des Proletariats wirksamer zu bekämpfen. Mit denselben Begründungen wie die Kapitalisten sind sie die erbitterten Feinde des Bolschewismus, verleumden sie die USSR, das große, das einzige Vaterland der Unterdrückten und damit die einzige Macht, die wirklich den Frieden will, die auf einem Sechstel des Erdballs den Sozialismus aufbaut — und das alles, weil sie statt zum Kommunismus sich zur kleinbürgerlichen Demokratie bekennen und weil die USSR ein lebendiger Vorwurf für all ihre Gesinnungslosigkeit, all ihre Verräterei ist. Seit 1914 haben sie den Burgfrieden und die Einheitsfront mit der Bourgeoisie statt des klaren Klassenkampfes, statt der proletarischen Einheitsfront und des revolutionären Kampfes um die Macht-ergreifung erwählt. Im imperialistischen Krieg wie im Bürgerkrieg stehen sie auf der Seite des Kapitals.

Das alles müssen wir den breiten Arbeiter- und Bauernmassen zum Bewußtsein bringen, wenn wir sie zur Wachsamkeit gegenüber dem in China entfesselten Krieg aufrufen und zur Bekämpfung der fieberhaften Kriegsrüstungen des Weltimperialismus gegen Sowjetrußland mobilisieren wollen.

A. SCHAMI:

## KRIEGSGEFAHREN IN DEN ARABISCHEN LÄNDERN

### Geographische Definitionen

Die Völker in allen Ländern, die im Norden und Westen vom Mitteländischen Meer und im Südosten vom Indischen Ozean begrenzt werden, bilden infolge der Aehnlichkeit der Wirtschaftsstruktur, der Sprache, der Religion, der geschichtlichen Vergangenheit und des nationalen Bewußtseins ein einziges Ganzes. Diese ungeheuren Territorien lassen sich in zwei oder, richtiger gesagt, in drei Gruppen einteilen: es sind dies 1. Arabistan (in Vorderasien), 2. das mit Arabistan eng zusammenhängende Aegypten mit dem angrenzenden Sudan und 3. die nordafrikanische Gruppe: Tripolis, Tunis, Algerien und Marokko. Die ersten zwei Gruppen stehen vorwiegend unter der Herrschaft oder dem Einfluß des englischen Imperialismus, die dritte unter dem des französischen Imperialismus.

Hier wird nur von den ersten zwei Gruppen die Rede sein.

Zu Arabistan gehören erstens das unter französischem Mandat befind-

liche Syrien mit dem Libanon (mit einer Bevölkerung von 3 Millionen und den bedeutendsten Städten Beirut, Damaskus, Aleppo); zweitens das unter englischem Mandat stehende Palästina (800 000 Einwohner, bedeutendste Städte: Jerusalem, Jafa, Haifa) und das „unabhängige Emirats“ Transjordanien (400 000 Einwohner, Hauptstadt Aman); drittens das „unabhängige“ Königreich Irak, das sich in einem „Vertragsverhältnis“ zu England befindet (3 Millionen Einwohner, wichtigste Städte: Bagdad, Mossul, Basra) und viertens das formal gänzlich unabhängige Arabien (3 bis 8 Millionen Einwohner — nach verschiedenen statistischen Daten), das in eine Reihe von Ländern und unabhängigen Staaten zerfällt. Die wichtigsten davon an der Westküste sind die Sinai-Halbinsel (gehört formal zu Aegypten), das Königreich Hedschas (seit 1924 von den Wahabiten besetzt und mit Nedjd vereinigt; die wichtigsten Städte sind Mekka, Medina und die Hafenstadt Djidde) und Jemen (Hauptstadt Sana, Hafenstadt Hodeida). Zwischen Jemen und dem Hedschas liegt Asir, um dessen Besitz diese zwei bedeutendsten und bisher wirklich unabhängigen Staaten Arabiens einen an Konflikten unendlich reichen Kampf austragen. Was die Süd- und Westküste Arabiens betrifft, so erfreut sich England eines ungeschmäleren Einflusses auf das „unabhängige Reich“ Hadramut, auf Oman und Koweit, wodurch es ebenso das Rote Meer (Suezkanal, Aden) wie den Persischen Golf und den ganzen nordwestlichen Teil des Indischen Ozeans beherrscht. Von den Binnenländern Arabiens ist am wichtigsten Nedjd (Hauptstadt Riad), die Wiege und Basis des Wahabismus sowie die am Wege nach Syrien und dem Irak gelegene Oase Djof, die heute ebenfalls unter Ibn-Sauds Herrschaft steht.

#### Die Gegensätze zwischen den Imperialisten

In der internationalen Lage der arabischen Länder sind in der Nachkriegszeit folgende grundlegende Faktoren wirksam:

1. Der verstärkte Einfluß der Engländer und ihr beharrliches Vordringen in alle Länder des arabischen Ostens.
2. Das ebenso unbeirrbar Bestreben der Engländer, die Franzosen aus allen arabischen Ländern zu verdrängen.
3. Das Eindringen der Italiener und
4. die Verstärkung der arabischen nationalen Bewegung.

Die arabischen Länder sind für die Engländer von ungeheurer Bedeutung, einerseits infolge der Notwendigkeit, den Suezkanal, diesen „Schlüssel des Britischen Weltreiches“, ebenso wie die neuen Land- und Luftwege nach Indien zu ihrer Verfügung zu haben, andererseits, weil die Engländer diese Länder als unerschöpfliche Quellen von Baumwolle und Naphtha ansehen (Aegypten, Sudan, Irak). Die Beherrschung der gesamten Gruppe Arabistan-Aegypten stellt deshalb für die englische Regierung eine absolute Notwendigkeit dar.

Aber geschwächt durch innere wirtschaftliche Konflikte, gehemmt durch den Widerstand von seiten der anderen imperialistischen Staaten und der immer stärker werdenden nationalen Bewegung, behindert durch den Mangel an Truppen zur militärischen Besetzung dieser unermeßlichen Landstrecken, sieht sich der englische Imperialismus genötigt, bestimmte Konzessionen

sionen zu machen und sich mehr auf die Intrigen seiner erprobten Diplomatie als auf die rauhe Kriegsgewalt zu verlassen.

England sucht seine Verbündeten sowohl in dem vom Kolonialkoller erfaßten faschistischen Italien als auch in der eingeborenen Aristokratie und Handelsbourgeoisie. Die Unterstützung der italienischen Ansprüche auf Syrien und Kleinasien, die Abtretung der Oase Dscharabub (in Aegypten) an Italien, das anglo-italienische Abessinienabkommen — das sind einige allgemein bekannte Konzessionen der Engländer an die Italiener, die im Austausch dagegen die Franzosen völlig isoliert haben und nun endgültig von diesem gesamten Territorium verdrängen. Mit Hilfe eben der Italiener sicherten sich die Engländer die Herrschaft über Mossul.

Die Verstärkung der Gegensätze zwischen England und Frankreich im Osten (in dieser Hinsicht ist besonders bemerkenswert der englandfeindliche Ton der syrisch-französischen Presse, der zeitweilig an den Ton der imperialistischen Presse in der Kriegszeit gemahnt) führt zur vollständigen Liquidation des Sèvres-Vertrages und anderer imperialistischer, nach dem Kriege getroffener Abkommen; besonders kennzeichnend ist das offene Bestreben der Engländer, das Mandatsystem — diesen letzten Rest der Wilsondeklaration glorreichen Andenkens — abzuschaffen.

Das Mandatsystem des Völkerbundes bedeutete die Beaufsichtigung des einen europäischen imperialistischen Staates durch den anderen und die Aufsicht der Vereinigten Staaten über alle europäischen Imperialisten; dieses System bildete eine Quelle fortwährender gegenseitiger Intrigen, insbesondere zwischen Frankreich und England. Deshalb entflammten die englischen Politiker wie Sir Dodds, Lord Plumer und Allenby plötzlich in Liebe zur Unabhängigkeit und Freiheit der von ihnen bevormundeten, politisch unmündigen Kolonien (Ersatz des Irak-Mandats durch einen „Vertrag“ und bevorstehende Zurückziehung der im Irak stationierten englischen Truppen; die im Jahre 1926 vorgeschlagene und, nebenbei gesagt, von den Nationalisten abgelehnte Einberufung des Parlaments in Palästina; die in Aussicht genommene Einberufung des Parlaments in Transjordanien; Verhandlungen über „Zurückziehung“ der Truppen aus Aegypten usw.)

Um jedoch das Mandatsystem abzuschaffen und sich den Einfluß in den unabhängigen Ländern zu sichern, muß man sich einen Stützpunkt in der eingeborenen Bevölkerung schaffen. Durch geschickte Intrigen und alte erprobte Korruptionsmethoden gelingt es den Engländern, sich die Unterstützung durch die klerikale und feudale Aristokratie und einen Teil der Finanzbourgeoisie zu sichern. Eine derartige Lage birgt die Gefahr in sich, daß ein Teil der nationalen Bewegung in eine nationalverräterische Strömung ausartet, wie dies bereits in Aegypten und Mesopotamien der Fall war, oder aber, daß diese Bewegung sich in ununterbrochene Fehden zwischen den verschiedenen „unabhängigen“ Staaten Arabiens zersplittert.

Man hätte erwarten sollen, daß es dem Imperialismus gelingen werde, die nationale Bewegung zu zersetzen. Aber die inneren Widersprüche des europäischen Imperialismus sind derartig tiefgehend, daß auch diese neue Politik ihm nicht mehr helfen kann.

Zur Schaffung neuer Positionen sind die Imperialisten genötigt, mit den eingeborenen Feudalherren Bündnisse zu schließen, und neue Kräfte großzuzüchten, die im Verlaufe der Ereignisse unvermeidlich zu mächtigen

Widersachern der Imperialisten werden müssen. Die Hoffnungen der Imperialisten auf die inneren Intrigen und Zwistigkeiten zwischen Ibn-Saud und anderen arabischen Machthabern, wie dem Imam Jechije aus Jemen oder Idris aus Asir, sind zuschanden geworden. Es wollte bisher den Engländern nicht gelingen, ihn in einen Krieg gegen Jemen hineinzuhetzen, und wäre dies auch gelungen, dann wären die Resultate denn doch noch sehr fraglich. Und, was das Schlimmste ist, der Imam Jechije aus Jemen gerät definitiv unter den Einfluß Italiens, das eine von England unabhängige Rolle spielen möchte, was neue Gegensätze und Konflikte mit Italien im Gefolge haben wird.

Besonders fühlbar wird für England der syrische Aufstand. Dieser Aufstand, der nicht ohne den Segen der englischen Agenten in Angriff genommen worden war, zog weitere Kreise und wurde — im Gegensatz zu den anfänglichen Plänen der englischen Diplomaten, die nur den „verbündeten“ Franzosen die Suppe versalzen wollten — zu einer ernsthaften revolutionären Bewegung, die allmählich alle anderen arabischen Länder zu ergreifen droht.

Die syrische revolutionäre Bewegung wurde aus einem von den englischen Agenten vorgesehenen elementaren räuberischen Bandenüberfall zu einem allgemeinen Aufstand, dessen Einfluß trotz möglicher zeitweiliger Niederlagen sich in sehr tiefgehenden Veränderungen innerhalb der nationalen Bewegung äußern wird (Befreiung von Elementen der panislamitischen Bewegung, Schaffung einer gesamtarabischen nationalen Bewegung), sowie in der ungeheueren Stärkung dieser Bewegung in allen arabischen Ländern, vor allem in den Nachbarländern Syriens (Palästina, Transjordanien, Irak), wodurch die englische Herrschaft über Arabistan bedroht wird.

#### Imperialistische und antiimperialistische Kräfte in den einzelnen Ländern

**Syrien.** Syrien galt von jeher als Mittelpunkt der politischen und sozialen Stärke Arabistans. Auf einem schmalen Streifen an der asiatischen Küste des Mittelländischen Meeres gelegen, wurde Syrien zu einem Handelszentrum zwischen dem Abend- und dem Morgenlande und zu einem militärischen und politischen Stützpunkt für den europäischen Imperialismus. Darin besteht die Bedeutung Syriens für die Franzosen.

An den alten großen (neuerdings immer wichtiger werdenden) Handelsstraßen nach Indien, Mesopotamien und Persien gelegen, liefert Syrien gleichzeitig nach Frankreich Seide und Wolle (und in absehbarer Zeit auch Baumwolle und Weizen).

Da Syrien, mit dem den Muselmännern heiligen Damaskus, wie ein Keil in die englischen Besitzungen vorstößt, bildet es für die französischen Imperialisten einen vorzüglichen „Ausblickspunkt“, an dem die militärische und bürokratische Kolonialclique so beharrlich festhält.

Die französische Kolonialarmee in Syrien erreicht eine Friedensstärke von 30 000 Mann und steigt im Kriegsfall auf 80 000 und darüber.

Innerhalb der eingeborenen Bevölkerung kann die französische Besetzung nur auf die zahlenmäßig kleine, jedoch wirtschaftlich sehr mächtige Schicht der großen Feudalherren und teilweise auf die Finanzbourgeoisie (hauptsächlich in den Hafenstädten) rechnen.

Die Franzosen machen sich die religiösen Gegensätze innerhalb der syrischen Bevölkerung zunutze, indem sie die Christen, in der Hauptsache die katholischen Maroniten bevorzugen, die als kompakte Masse am Libanon wohnen. In Ausspielung der religiösen Vorurteile und des Partikularismus der Bevölkerung, schufen die Franzosen den Groß-Libanon (gegenwärtig die Libanonrepublik), indem sie ihm eine Reihe rein islamitischer Bezirke angliederten, wodurch sie die alte Zwietracht zwischen Christen und Mohammedanern vertieften (die Ausspielung des Partikularismus der Allahiten und übrigen Muselmännern war erfolglos).

Aus den Christen sowie den in Ostsyrrien lebenden Tscherkessen ergänzen sich die syrischen Hilfstruppen (die syrische Legion besteht in Friedenszeiten aus 6000 Mann). Außerdem ist die christliche Bevölkerung selbst gut bewaffnet und organisiert.

Zur Stärkung des christlichen Elements fördern die Franzosen die Einwanderung von **A r m e n i e r n**. Außer den über 100 000 Einwanderern aus Cilicien, die 1921 ins Land kamen, beabsichtigen die Franzosen gegenwärtig, die heute in Griechenland befindlichen armenischen Flüchtlinge in Djebel-Drus und an der syrischen Küste anzusiedeln. Hinsichtlich der Kolonisierung eben des Djebel-Drus werden auch mit den Zionisten Verhandlungen gepflogen.

Aber der französische Einfluß, sogar auf die Maroniten, wird neuerdings allmählich von den im Lande immer stärker werdenden **I t a l i e n e r n** verdrängt, die auf das syrische Mandat Anspruch erheben.

Stärker wird auch der Einfluß der **A m e r i k a n e r**, deren Missionen sowohl unter den Christen als auch unter den Muselmännern tätig sind. Es erübrigt sich, auf die Intrigen der Engländer sowohl unter den Muselmännern, als auch unter den Drusen (der alten „Klientel“ der Engländer) näher einzugehen.

Auch die neue Türkei gibt ihre Absichten auf Syrien (besonders auf die Bezirke von Aleppo und Alexandretta) nicht auf. Zur Ausbreitung ihres Einflusses bedient sie sich sowohl der allgemeinen Sympathien der mohammedanischen Bevölkerung als auch der noch recht zahlreich in den Städten lebenden höheren Beamtenschaft.

Die durch die Okkupation hervorgerufenen tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen (das schnelle Tempo der Enteignung des Grundbesitzes und der Bodenspekulation, die Verarmung der Bauernschaft, das Anwachsen der Stadtbevölkerung, die Klassenschichtung und Zuspitzung der Klassenverhältnisse, die katastrophale Zunahme der Auswanderung) dienten als Anstoß zur Entwicklung der **n a t i o n a l e n** **B e w e g u n g** und zur **R e v o l u t i o n i e r u n g** derselben.

Wenn bis in die letzte Zeit Arabien der politische Mittelpunkt der Bewegung gewesen ist, so verschiebt dieser sich gegenwärtig nach Syrien. Die nationale Bewegung in Syrien erleidet im Zusammenhang mit dem Aufstande tiefgreifende Veränderungen, die in der gleichzeitigen Zunahme der revolutionären Stimmung der Massen ebenso wie in der organisatorischen Festigung der nationalen Parteien ihren Ausdruck finden.

Schon in den Jahren 1924-25 zeigte sich — im Zusammenhang mit dem allgemeinen nationalen Aufschwung in Syrien — in allen Bevölkerungs-

schichten ein starker Drang nach Organisation, und es wurde ein Netz von vielen Tausenden Organisationen (mit der Damaszener Volkspartei an der Spitze) geschaffen. Sie alle verband der Glaube an die Möglichkeit, die syrische Frage auf dem Kompromißwege zu lösen, der Glaube an die Möglichkeit, Syrien dadurch zu befreien, daß man von der Notwendigkeit der syrischen Freiheit überzeugt oder unmittelbar mit den Franzosen ein friedliches Abkommen trifft. Aber die Beschießung der Damaszener und Beirut-Demonstrationen (im Sommer 1925) durch den radikalen General Sarrail, die sich immer mehr zuspitzende Wirtschaftskrisis und schließlich auch die ersten Erfolge des Aufstandes, verwiesen die gesamte Bevölkerung auf den Aufstand als die einzige Befreiungsmöglichkeit. Ueberragenden Einfluß gewinnt die panarabische revolutionäre Partei Istiklal.

Bereits in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts gegründet, aber zu einer großen Macht erst nach dem Kriege herangewachsen, als sie eifrig unter den Beduinen, Drusen und den anderen kriegerischen Stämmen sich zu betätigen begann und sich deren Hilfe sicherte, organisierte die Istiklalpartei sowohl den Aufstand 1922 als auch die Erhebung 1925. Nach dem Mißerfolg des Aufstandes in den Jahren 1922-23 kam die Istiklal zur Einsicht, daß für den Erfolg der Sache nicht nur der Aufstand der kriegerischen Beduinenstämme in den Bergen, sondern auch seine Unterstützung durch die Stadt- und Landbevölkerung des ganzen Landes notwendig sei. Der Entwicklungsverlauf des Aufstandes 1925, der sich unter dem Einfluß der Istiklalpartei sehr bald in eine allgemeine Erhebung verwandelte, zeigt, daß diese Partei die Notwendigkeit systematischer Vorbereitung und Organisation des Aufstandes im wesentlichen richtig erfaßt hat.

Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß, wenn infolge von lokalen Bedingungen (gebirgiger Charakter des Landes, kriegerische Stämme, hoher Prozentsatz des städtischen Proletariats und der armen Schichten, Kultiviertheit und stark entwickeltes Nationalbewußtsein der Bevölkerung usw.), Syrien von allen arabischen Ländern über die günstigsten Aufstandsmöglichkeiten verfügt, doch andererseits der syrische Aufstand nur dann erfolgreich sein kann, wenn ihm von den anderen Ländern Unterstützung gewährt wird. Auch in dieser Beziehung haben die Istiklalisten in allen arabischen Ländern sehr große Arbeit geleistet.

Auch die junge, vorerst noch schwache Kommunistische Partei muß als eine antiimperialistische Kraft vermerkt werden. Ungeachtet ihrer außerordentlichen Kleinheit, hat sie bereits die Fähigkeit bewiesen, große Massenstreiks anzuführen, nahe Beziehungen zur nationalrevolutionären Bewegung anzuknüpfen und große antimilitaristische Arbeit zu leisten. Es ist kennzeichnend, daß die junge syrische Arbeiterbewegung, soweit sie organisierte Formen annimmt, sich gänzlich unter dem Einfluß der kommunistischen Bewegung befindet.

#### Der Irak

Die militärische Okkupation 1919-22 erwies sich für die Engländer als ein zu kostspieliges Unternehmen. Während des Aufstandes von 1920 verloren die Engländer 8000 Mann. Andererseits zeigten die englischen Steuerzahler

keine besondere Lust, die von dem Unterhalt der Okkupationstruppen verursachten Ausgaben zu decken. Es mußte nach billigeren Möglichkeiten gesucht werden, um die Herrschaft über den Irak aufrechtzuerhalten, und so wurde im Jahre 1921 der „nationale“ König Feissal eingesetzt, mit dem 1924 der bekannte „Vertrag“ abgeschlossen wurde, ein leuchtendes Beispiel für den Ersatz des kostspieligen Mandatsystems durch das liberale und billigere Vertragssystem.

Gestützt auf König Feissal und die aristokratische Clique um diesen, konnten die Engländer ihre Truppen fast vollzählig zurückziehen, wobei sie nur die Royal Air Force zurückließen, die im Falle der geringsten Unruhen ganze Dörfer und Beduinenstämme vernichtet.

Auf Verlangen der Engländer ruft die Feissal-Regierung durch Einführung der Militärflicht ein „nationales“ reguläres Heer ins Leben. Dieser Umstand erweckte die allgemeine Empörung der Bevölkerung und hat bereits zu einer Kabinettskrise (Ende 1926) geführt.

Trotz des allgemeinen Hasses der Bevölkerung gegen die Engländer hat die englandfeindliche Bewegung noch keine organisierten Formen angenommen. Die bestehenden Parteien (die Regierungspartei, die Fortschrittspartei, die oppositionell-liberale Partei und die mandatsfeindliche Volkspartei) sind parlamentarische Parteien und entbehren noch fester organisatorischer Beziehungen zu der Bevölkerung.

Eine bedeutende militärische Macht, die gegebenenfalls gegen die Engländer auftreten kann, stellen im Süden und Westen des Landes die **Beduinen** dar, deren Stämme in ihrer Mehrheit mit Ibn-Saud sympathisieren. Von den anderen Bevölkerungsgruppen tendieren die zahlreichen **Schiiten** zu Persien. Die Kurden (hauptsächlich im Mossulbezirk), deren sich die Engländer in ihrem Kampfe gegen die Türken und die arabische nationale Bewegung bedienen, sind heute unzuverlässig und können bei einer anderen politischen Konjunktur auch gegen die Engländer auftreten.

Kommt nun noch die **Mossulfrage** hinzu, die bereits schon einmal fast zum Kriege geführt hätte, so wird es offenbar, daß die Eroberung des Irak voller Gefahren ist und daß im Kriegsfall der dicht vor den Pforten Indiens gelegene Irak sehr bedeutende englische Streitkräfte auf sich konzentrieren wird.

#### Palästina

Palästina ist der Schlüssel zur arabischen Politik Englands. Hier konzentrieren sich die Streitkräfte zum Schutze des Suezkanals im Falle eines möglichen Abzuges aus Aegypten. Palästina soll als strategischer Stützpunkt für die Entfaltung der Streitkräfte im gesamten Arabistan dienen.

Es wird alles Mögliche getan, um das Land für die ihm zugeordnete Rolle im Kriegsfall vorzubereiten. Am zentralen Knotenpunkt Lud wurde eine spezielle Stadt Serafend mit Luftschiffhallen und Kasernen erbaut, die viele Tausende Soldaten aufnehmen können. Eine zweite ebensolche, wenn auch kleinere Garnisonstadt wird im Süden des Landes gebaut. In der Stadt Gaza wurde eine andere Luftflottenbasis errichtet, die als Endstation des indischen Luftweges (Kairo—Karachi) dienen soll. Von Jerusalem führt eine Automobilstraße nach Bagdad.

In Haifa soll ein erstklassiger Kriegshafen gebaut werden (zu welchem Zweck der palästinensischen Bevölkerung unlängst eine Anleihe von 4 ½ Mill. Pfund Sterling aufgehalst wurde). Haifa soll durch eine Eisenbahnlinie (Kairo—Kalkutta) mit Bagdad verbunden werden. Nach Haifa soll ebenfalls eine Naphthaleitung aus Mossul gelegt werden.

Das Territorium Palästinas wird immerzu vergrößert. Ihm wurden angegliedert der Bezirk Hule im Norden, Maan und Akaba im Südosten, im Süden wurde die Grenze bis Kantar (am Suezkanal) vorgeschoben. Der neuerrichtete Hafen Port-Fuad (am östlichen Ufer des Suez-Kanals) befindet sich faktisch in Händen der anglo-palästinensischen Macht; gegenwärtig wird die Angliederung der Sinai-Halbinsel an Palästina vorbereitet, so daß also der Schutz des Suezkanals von keinen möglichen Veränderungen in Aegypten abhängig sein wird.

Wie jedoch erhält sich die englische Macht in diesem „großmächtigen“ Palästina? Das stehende Okkupationsheer ist unbedeutend (kaum 1200 englische Soldaten kommen auf 1 200 000 Einwohner in Palästina und Transjordanien, während die Franzosen in Syrien mit seinen drei Millionen Einwohnern eine Armee von 30 000 Mann unterhalten). Dessenungeachtet schalten und walten im Lande selbstherrlich die 300 englischen Beamten, die nur dem Kolonialministerium unterstellt sind.

Trotz der unbedeutenden Anzahl der englischen Soldaten und Beamten und sogar ungeachtet dessen, daß Palästina auch nicht einen Schatten von Unabhängigkeit aufweist wie etwa Syrien, der Libanon und der Irak, herrscht in Palästina während der ganzen Okkupationszeit eine relative Ruhe.

Die Gründe dieser Ruhe liegen nicht nur in der Zersplitterung der nationalen Bewegung (die Zersplitterung selbst ist ein Resultat der gesamten englischen Politik in Palästina), sondern auch in der zionistischen Politik der Engländer, die einen organischen Teil des englischen Gesamtplanes darstellt. Den besten Beweis dafür, daß diese zionistische Politik kein zufälliges politisches Manöver darstellt, bietet der Umstand, daß diese Politik von allen drei englischen Parteien durchgeführt wird.

Wohl hat die zionistische Kolonisation vollkommen versagt (die einer Katastrophe nicht unähnliche Krise in den Jahren 1925 bis 1927), aber nichtsdestoweniger wird diese Kolonisation auch von der „araberfreundlichen“ Regierung des Lord Plumer unterstützt. Zwiefach sind die Vorteile des englischen Militarismus: einerseits ist die arabische nationale Bewegung vollkommen zersplittert (wozu die Korruptionstaktik der Engländer viel beiträgt) und hauptsächlich gegen die Zionisten statt gegen das Okkupationsregime gerichtet; andererseits besitzen die Engländer in den Juden eine gut organisierte Hilfskraft. Abgesehen von dem Einfluß der zionistischen Organisation auf das europäische Judentum, kann auf die neuerliche Bildung faschistischer Trupps (der sogenannten „Revisionisten“, der Anhänger des bekannten Abenteurers Jabotinski), hingewiesen werden.

Es muß indessen vermerkt werden, daß während der letzten Jahre in der jüdischen Bevölkerung ein starker Umschwung in bezug auf die Engländer eingetreten ist.

Die Arbeiterbewegung ist wohl relativ stark (die Amsterdamer Gewerkschaftsorganisation zählt 25 000 organisierte Arbeiter; Streiks sind eine sehr häufige Erscheinung), aber sie erfaßt bisher nur die jüdischen Arbeiter und

steht unter dem Einfluß der Sozialdemokraten, die zusammen mit den anderen zionistischen Parteien einen Block bilden.

Eine bedeutende antiimperialistische Macht im Lande bildet außer der arabischen nationalen Bewegung die **Kommunistische Partei**. Obwohl sie bisher noch keine Massenpartei des arabischen Proletariats geworden ist, ist es ihr indessen gelungen, zu der Masse der arabischen Werktätigen und zur panarabischen nationalrevolutionären Bewegung enge Beziehungen anzuknüpfen und einen großen Einfluß auf diese Bewegung zu gewinnen. Obwohl die Kommunistische Partei infolge von polizeilichen Verfolgungen vollständig illegal arbeitet, ist es ihr gelungen, einige legale und halblegale Organisationen (sowohl in der arabischen als auch in der jüdischen Arbeiterschaft) ins Leben zu rufen.

Die Partei ist fest gefügt und weist einige Arbeitergruppen auf.

### Transjordanien

Der Emir Abdullah hält sich nur dank der Unterstützung der Engländer.

Die englischen Streitkräfte zählen 1500 **eingeborene** Grenzsoldaten (Araber, Tscherkessen und Juden; die Offiziere sind Engländer) und einige Luftschiffgeschwader.

Bisher gab es fast keine organisierten Parteien, jedoch ist der Einfluß der revolutionären Organisation Istiklal, insbesondere auf die Beduinensämme, von ziemlicher Stärke. Die Herrschaft Abdullahs über die Beduinenvölkerung ist überhaupt nur eine Schattenmacht. Fast alle Stämme sind gegen ihn, und deshalb sind Unruhen eine sehr häufige Erscheinung. Es ist kaum anzunehmen, daß eine Aenderung dieses Zustandes infolge des eben zwischen Abdullah und den Engländern abgeschlossenen Vertrages eintreten wird, in dem England das Emirat als eine in Abdullahs Geschlecht erbliche Institution anerkennt, wofür Abdullah im Kriegsfall Beistand leisten muß.

Es ist sehr zweifelhaft, ob Abdullah imstande sein wird, im Kriegsfall irgend welche Stämme für die Engländer zu gewinnen. Am wahrscheinlichsten ist es, daß sie sich sofort Ibn-Saud anschließen werden, der in Transjordanien sehr populär ist (einer der größten Stämme, die „Banu-Suchar“, hat bereits den Wahabismus angenommen).

Den besten Beweis für das Verhalten der transjordanischen Bevölkerung gegenüber dem kapitalistischen Joche liefert ihr inniger Zusammenhang mit der syrischen revolutionären Bewegung. Die syrischen Aufständischen wurden mit Getreide und Vorräten aus Transjordanien versehen. Nach der Umwandlung der syrischen Erhebung in einen Partisanenkampf siedelten sich zahlreiche Familien der Aufständischen in der Oase Al-Asrak (auf transjordanischem Territorium) an, und trotz wiederholter Aufforderung der französischen Behörden hat sich die Regierung Transjordanien bisher nicht entschlossen, irgendwelche Repressalien anzuwenden, und zwar in Befürchtung eines allgemeinen Aufstandes, mit dem alle Stämme drohten für den Fall, daß Repressivmaßnahmen gegen die syrischen Aufständischen getroffen würden.

### Arabien

Wie bereits erwähnt, enthält Arabien nur zwei unabhängige Länder: das Königreich Hedschas und Jemen.

Wenn Ibn-Saud zuerst im Kampfe gegen Hussein sich der Hilfe der Franzosen und nachher der Engländer erfreute, so ist es ihm gegenwärtig gelungen, seine Unabhängigkeit zu gewinnen.

Sehr oft erscheinen in der Presse Nachrichten über die Zusammenziehung vieler Tausender Wahabiten durch Ibn-Saud an den Grenzen des Irak, Syriens oder Transjordanien; diese Nachrichten nehmen die Ereignisse sehr weit vorweg. In diesen „authentischen“ Meldungen wird der Wunsch zur Tatsache: die gesamte Bevölkerung Arabiens strebt so ungestüm nach Befreiung, daß auf dieser Grundlage die Gerüchte vom Nahen der Wahabiten entstehen. Andererseits zeigen diese Gerüchte, daß Ibn-Saud wirklich zum einigenden Mittelpunkt der nationalen Bewegung werden und die Rolle übernehmen kann, die Hussein so erfolglos gespielt hat.

Die Rivalität zwischen Ibn-Saud und dem Imam Jechije ist auch mit den anglo-italienischen Intrigen im arabischen Orient verknüpft. Der hinter dem Rücken der Engländer abgeschlossene Vertrag des Imam Jechije mit Italien gewährte den Italienern die Möglichkeit, auf die Arabische Halbinsel vorzudringen und stärkte den italienischen Einfluß auf den gesamten arabischen Osten.

Von Italien mit Geld und Waffen versehen, rüstet der Imam Jechije zum Kriege gegen Ibn-Saud, der von England unterstützt wird. Der auf diese Weise bevorstehende Krieg zwischen den Wahabiten und Jemen, der im wesentlichen ein Krieg um die Herrschaft in Arabien (vor allem um die Wege zu den heiligen Städten) ist, kann zu einem Zusammenstoß zwischen England und Italien führen.

### A e g y p t e n

Die englische militärische Okkupation wird in letzter Zeit immer schwächer. Indem England den Schutz des Suezkanals an seinem Ostufer organisiert und den Sudan okkupiert, kann es sich auf die Unterhaltung verhältnismäßig kleiner Formationen in Kairo und Heliopolis beschränken: für die Luftschiffe liegen alle Dörfer und Städte des Niltales wie auf dem Präsentierbrett, und ein Aufstand in Aegypten kann im Gegensatz zu Syrien leicht unterdrückt werden.

Die kolossalen Wasserwerke im Sudan (und in Abessinien) halten Aegypten in vollkommener Abhängigkeit von den Herren des Sudan, und die Drohung, das Wasser entzogen zu bekommen, hängt wie ein Damoklesschwert über Aegypten.

Von Einfluß ist auch die Abhängigkeit von der englischen Textilindustrie, die den fast einzigen Absatzmarkt für ägyptische Baumwolle darstellt.

In Aegypten macht sich mehr als in allen arabischen Ländern der verstärkte Einfluß Italiens bemerkbar. Italien, das im Westen Tripolis besitzt und sich im Süden (in Abessinien) verstärkt, nähert sich immer mehr den Grenzen Aegyptens. Meilensteine dieses Vordringens bilden die kürzlich erfolgte Abtretung der Oase Dscharabub durch Aegypten an Italien und der anglo-italienische Vertrag über die Abgrenzung der Einflußzonen in Abessinien. Gleichzeitig wächst der Handel Italiens mit Aegypten. Bei seiner Eroberungspolitik stützt sich Italien auf den König Fuad, eine italienische Kreatur, und auf seinen Hof.

Die Engländer benutzten vorerst die italienische Bedrohung zu Erpressungszwecken und zum Ausüben eines Druckes auf die ägyptische nationale Bewegung,\* in der Ueberzeugung, daß sie die Möglichkeit haben werden, den italienischen Imperialismus am Gängelbände zu führen; aber ist klar, daß die Befestigung des letzteren in Aegypten Konflikte mit England im Gefolge haben wird.

England wie auch Italien stützen sich in Aegypten auf die zahlenmäßig kleine Schicht der Paschas, d. h. der großen Agrararistokraten.

Zum Unterschied von der syrischen nationalen Bewegung, die die ganze Zeit unter dem Zeichen des bewaffneten Kampfes gegen das Okkupationsregime vor sich ging, wird die nationale Bewegung in Aegypten gekennzeichnet durch das Streben nach diplomatischen Verhandlungen, Kompromissen, Abkommen, die der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz Aegyptens die Möglichkeit geben sollen, an der Verwaltung des Landes teilzunehmen unter Beibehaltung des bestehenden Regimes, der „Garantie“ für den europäischen Imperialismus.

Diese Taktik der ägyptischen nationalen Bewegung hat indessen versagt. In den Kreisen der Wafdisten selbst wächst die Unzufriedenheit aus Anlaß der gegenwärtigen Verständigungspolitik Zaglul-Paschas. Sogar in den wafdistischen Presseorganen erheben sich immer öfter Stimmen zugunsten der Notwendigkeit für Aegypten, „das syrische Vorbild nachzuahmen“ oder „den Imperialismus mit chinesischen Methoden zu bekämpfen“. Es verstärkt sich der Einfluß der radikalen Partei „Chesb el Watani“.

Die Arbeiterbewegung ist ungenügend organisiert (große Streiks, mehrere lokale Gewerkschaften mit Tausenden von Mitgliedern, Ansätze einer Arbeiterpresse) und steht in bedeutendem Maße unter dem Einfluß der Nationalisten. Einige nationalistische Arbeiterführer versuchen gegenwärtig, eine der II. Internationale angegliederte sozialistische Arbeiterpartei ins Leben zu rufen.

Die im Jahre 1925 zerstörte Kommunistische Partei hat indessen einen großen Einfluß auf die Arbeitermassen, und die revolutionäre Arbeiterbewegung wird künftig zweifellos in dem Kampfe gegen den englischen Imperialismus eine große Rolle spielen.

Die Politik des Imperialismus in den arabischen Ländern ist auf die fortwährende Entfachung von inneren Fehden, auf die mit allen Kräften zu betreibende Schürung des Kampfes zwischen den Volksstämmen und den Religionsgemeinschaften eingestellt. Die zentrifugalen Kräfte des arabischen Orients bilden die Stütze der Macht und der Herrschaft des Imperialismus.

Aber die zentrifugalen Kräfte gewinnen allmählich auch innerhalb des Imperialismus selbst die Uebermacht. Die Gegensätze zwischen den Interessen der größten imperialistischen Mächte (England, Frankreich, Italien) sind derartig, daß ihre Aufhebung nur mit Hilfe des Krieges denkbar ist, und der kriegerische Zusammenstoß der europäischen imperialistischen Staaten ist im Osten nicht zu vermeiden.

\* Ein anschauliches Beispiel einer solchen Erpressung gewähren die im Vorjahr so aktuell gewesen Aufsätze des Abgeordneten der Labour Party Wedgwood, der Aegypten den Vorschlag machte, den Unterhalt der englischen Okkupationstruppen zu finanzieren, und zwar in Anbetracht „der Möglichkeit für Aegypten, seine Unabhängigkeit vor dem Zugriff des italienischen Imperialismus zu schützen“.

Die Praxis der imperialistischen Mächte im Osten und der von ihnen betriebene Raubbau zum Zwecke der Ausrottung und Auspowerung der eingeborenen Bevölkerung der arabischen Länder verbindet miteinander fast alle Volksschichten des arabischen Orients in ihrem Haß gegen die imperialistischen Mächte. Die Jahrhunderte alte Zwietracht, die uralten Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Stämmen treten zurück vor dem Bestreben nach Zusammenschluß aller arabischen Länder, nach gemeinsamem Kampf gegen das imperialistische Regime der Eroberung durch Feuer und Schwert.

Die nationale revolutionäre Bewegung, die elementaren Revolten der Bauernmassen und die organisierte Arbeiterbewegung bilden zusammen einen revolutionären Strom, der die Aufgabe hat, das koloniale Regime und die Herrschaft des Imperialismus hinwegzuspülen.

HECKERT :

## DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE, DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE WIRTSCHAFTSKÄMPFE IN DEUTSCHLAND

Die Jahre 1925/26 sind in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit schwarzen Lettern eingegraben. In ihnen vollzog sich die erste Etappe der „Rationalisierung der Wirtschaft“, deren Resultate für die Arbeiterklasse sind: Dauererwerbslosigkeit für zwei Millionen Industriearbeiter, maßlose Hetzarbeit am fließenden Band, Herabdrückung des Arbeitslohnes für breite Schichten weit unter das Existenzminimum, fast restloser Verlust des Achtstundentages und eine bedeutende Steigerung der Unfallziffern und Krankheitstage. Auf der Unternehmerseite sind dagegen die Resultate der Rationalisierung wesentlich andere. Die Konzentration und Vertrustung der wichtigsten Industriezweige schafft einer Anzahl Monopolkapitalisten die Möglichkeit, durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter enorme Extraprofiten einzuheimen, deren Höhe für 1926 allein auf zwei Milliarden Goldmark geschätzt wird. Dieser Entwicklung stand die deutsche reformistische Gewerkschaftsführerschaft teilnahmslos gegenüber oder unterstützte sogar noch die Rationalisierungsmethoden der Unternehmer. Viele reformistische Führer stellten die schlimme Auswirkung der Rationalisierung als ein notwendiges Uebel dar, das die Arbeiter über sich ergehen lassen müssen, denn der Aufschwung der Wirtschaft durch diese Rationalisierung schafft erst die Basis, auf der der Arbeiter in der Zukunft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen kann.

Auf Grund einer solchen Einstellung fiel es den reformistischen Gewerkschaftsführern natürlich nicht ein, die Arbeitermassen gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung zu mobilisieren. Im Gegenteil, sie taten alles, um auch jeden, von den Arbeitern oft spontan begonnenen Widerstand zu ersticken. So kam es, daß das Jahr 1926 in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung seit 1891 — mit Ausnahme der ersten Kriegsjahre — als das Jahr verzeichnet steht, in dem die wenigsten Streik-

tage zu vermerken waren. Dabei ist noch besonders zu unterstreichen, daß nicht etwa durch Verhandlungen der Gewerkschaftsinstanzen mit den Unternehmern — also ohne Streik — entsprechende Lohnaufbesserungen erreicht worden sind. Die amtliche Lohnstatistik weist eine Steigerung des Nominallohnes im Wochendurchschnitt von 0,36 Mark auf. Das bedeutet eine beträchtliche Senkung des Reallohnes, da der Lebenshaltungsindex in der gleichen Zeit eine beträchtliche Steigerung erfuhr. In den beiden Jahren der Rationalisierung ist die arbeitstägliche Leistung des Arbeiters kolossal gestiegen. Für einige Industriezweige liegen dafür Kontrollziffern vor, aus denen Schlüsse gezogen werden können. Das Organ der Bergherren, die „Bergwerkszeitung“, berechnete die Steigerung der arbeitstäglichen Leistung der Bergarbeiter auf 28 bis 30 Prozent. In der Stahl- und Eisenproduktion spricht man von einer Steigerung um rund 40 Prozent und in der Textilindustrie um 25 Prozent. Im allgemeinen kann die Leistungssteigerung mit 25 Prozent angesetzt werden. Anfang 1925 gab es in der eigentlichen Industrie 10 Millionen Lohnarbeiter, jetzt sind es nur noch reichlich 8 Millionen. Diese Verminderung der Industriearbeiterschaft um rund 2 Millionen hat nicht zu einer entsprechenden Senkung des Arbeitsproduktes geführt. Das Resultat ist ein anderes. Ende 1926 war das Arbeitsprodukt der gesamten Industrie ein höheres als vor Beginn der Rationalisierung. Dabei haben die Unternehmer selbst festgestellt, daß die Leistungssteigerung in der Hauptsache auf die Steigerung der Arbeitsintensität und nicht der Produktivität zurückzuführen ist. Wir haben also als Ergebnis der Rationalisierung eine enorme Verschlechterung der Lage der Arbeiter und eine dementsprechende Vermehrung des Unternehmergewinnes. Die Reformisten bezeichnen dieses Ergebnis als die Folge einer im Jahre 1925 begonnenen Krise.

Allerdings wurde die deutsche Wirtschaft 1925/26 von einer Krise heimgesucht, hervorgerufen durch die erschwerten Bedingungen des Warenabsatzes auf dem Weltmarkte. Aus dieser Schwierigkeit suchte sich eben das Unternehmertum durch die Rationalisierung zu retten. Es nannte darum die Krise auch eine Rationalisierungskrise. Der englische Bergarbeiterstreik erleichterte aber dem Unternehmertum die Ueberwindung der eingetretenen Absatzstockung. Im Bergbau und in der Stahl- und Eisenindustrie wurde durch den englischen Streik eine Hochkonjunktur ausgelöst, die auch zur Belebung einer Reihe anderer Industriezweige führte, z. B. in der Textilindustrie. Die durch die Konjunkturbelebung und besonders durch die stärkere Ausplünderung des Arbeiters erreichten Riesengewinne schreien natürlich nach Verwertung. Sie bilden sozusagen den Grundstock für eine weitere Vergrößerung des Produktionsapparates, und wir sehen auch schon, wie diese Kapitalien in die Produktionsmittelindustrien eindringen und teilweise Hochkonjunktur auslösen. Durch eine Reihe wichtiger technischer Erfindungen wird die Konjunktur weiter angeregt.

In der Werftindustrie liegt ein Auftragsbestand vor, wie niemals vor dem Kriege. Der Kohlenbergbau hat nach dem englischen Streik nicht den erwarteten Rückschlag erlebt, im Gegenteil, die Bergherren rechnen für den kommenden Herbst mit einer neuen Steigerung des Absatzes. Die Elektrizitätsindustrie hat große Aufträge wegen des raschen Ueberganges des Verkehrs auf elektrischen Antrieb und des steigenden Ersatzes der Dampfkraft durch Elektrizität. Die Stahl- und Eisenindustrie rechnet mit einem

weiteren Aufschwung durch die Erfindung der endlosen Röhren, die es ermöglichen, die Ferngasversorgung mit Erfolg durchzuführen. Und in der chemischen Industrie ist besonders lebhafter Geschäftsgang durch die Lösung des Problems der Kohlenverflüssigung. In den Hauptzweigen der Textilindustrie (Wolle und Baumwolle) ist Rekordkonjunktur, Ausnutzung der Produktionskapazität bis zu 98 Prozent. Auch im Baugewerbe wird eine starke Belebung erwartet. (In einigen Branchen ist schon ein Mangel an qualifizierten Arbeitern eingetreten, der dazu führte, daß man seit langem gemäßregelte revolutionäre Arbeiter wiedereinstellte.) Da mit dem Wachsen der Konjunktur in den genannten Industriezweigen nicht parallel geht ein Wachsen der Warenausfuhr, die Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes aber begrenzt ist, steht auch die Begrenztheit der jetzigen Konjunktur fest. Es ist kaum zu erwarten, daß die Konjunktur weit über das Jahr 1927 hinausreichen wird. Daraus müßte eine verständige Gewerkschaftsführerschaft immerhin einige wichtige Schlüsse ziehen, besonders wenn sie wie die deutsche auf die Theorie schwört, daß man nur in Zeiten der Konjunktur kämpfen kann, in Zeiten der Krise aber ohnmächtig sei. Die Tatsachen zeigen aber, daß die deutschen Gewerkschaftsführer infolge ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Einstellung ganz unfähig sind, eine der Situation entsprechende Strategie zu entwickeln. Ihre Ausreden, daß die Arbeiter nicht kämpfen wollen oder daß wegen der Unorganisiertheit breiter Schichten ein ernster Kampf unmöglich sei, sind nichts als faule Ausreden.

Die Arbeitermassen beginnen wieder zu begreifen, daß sie den Angriffen der Unternehmer Widerstand leisten müssen, und sie haben auch erfahren, daß sie trotz Rationalisierung und Riesenarbeitslosigkeit nicht wehrlos sind. Mit dem Hamburger Hafendarbeiterstreik im Oktober 1926 setzte eine Welle von Lohnbewegungen ein, ein sichtbares Zeichen dafür, daß Kampfwille und Kampflust bei den Arbeitern im Erwachen und Wachsen begriffen ist. Die traurige Gesellschaft an der Spitze der deutschen Gewerkschaften begrüßt aber diesen erfreulichen Zustand nicht. Im Gegenteil, sie ließ nichts unversucht, um den erwachenden Kampfwillen im Keime zu ersticken. Der Hamburger Hafendarbeiterstreik wurde mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen abgewürgt. Ohne Erfolg wurden die Arbeiter von den Gewerkschaftsbürokraten in das Fronverhältnis zurückgetrieben. Die im Anzug befindliche Welle von Lohnbewegungen ließ sich durch das Manöver aber nicht aufhalten, sie setzte im Dezember 1926 ein und ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Ein Industriezweig nach dem anderen meldete seine Forderungen an. Erst die Textilarbeiter, ihnen folgte der Bergbau, die chemische Industrie, die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Landarbeiter usw. Schon im Februar schätzten die Unternehmer, daß im Laufe des ersten Vierteljahres 1927 drei bis vier Millionen Arbeiter in Lohnkämpfe eintreten werden. Die Ziffer war zu niedrig geschätzt. An fünf Millionen kündigten ihre Tarife oder wurden durch Tarifikündigungen in Mitleidenschaft gezogen. Alles, was die Reformisten in dieser Periode der Lohnbewegungswelle tun konnten, um sie möglichst ungefährlich für den „kapitalistischen Wiederaufbau“ werden zu lassen, war die Verhinderung eines einheitlichen, geschlossenen Lohn- und Arbeitszeitkampfes der Millionenmassen. Dies ist ihnen auch mit großem Erfolg geglückt. Ein Bezirk nach dem anderen trat in den Kampf, ein Industriezweig folgte dem anderen.

Nirgends ein einheitliches Auftreten. Der Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages wurde in das Parlament verschoben; und hier führten die Reformisten mit der Regierung eine widerliche Betrugskomödie auf, die mit der gesetzlichen Festlegung des Zehnstundentages endete bei „prinzipieller“ Beibehaltung des Achtstundentages.

Das Unternehmertum und seine Agentur, die Regierung des Bürgerblocks, erkannten rechtzeitig, daß man die Welle der Lohnbewegung nur brechen kann und ihr gefährliches Ansteigen nur zu mildern ist, wenn man den Arbeitern kleine Zugeständnisse macht. So gab man den ersten Plan, jede Lohnerhöhung abzulehnen, auf und gewährte Lohnerhöhungen von 5, 7, 10 Prozent, die in der Regel durch Schiedsspruch der staatlichen Schlichtungsinstanzen, oft aber auch durch tarifliche Vereinbarung mit den Gewerkschaftsführern festgelegt wurden. Dabei legten die Unternehmer und auch die Regierung durch ihre Schlichter Wert darauf, daß der Regelung der Lohnfrage auch die Regelung der Arbeitszeitfrage angeschlossen wurde und die Verträge entweder bis zum Frühjahr 1928, mindestens aber bis Jahreschluß 1927 lauten. Im Baugewerbe traf man sogar eine Regelung bis März 1929. So erreichten die Unternehmer am Anfang der Konjunkturlage, bevor die Arbeiter aus der Niederlage Stimmung der letzten Jahre er wachten und ihre Bataillone zu einem breiten Angriff formierten, mit Hilfe der Reformisten eine Fesselung der Arbeiter für die voraussichtliche Dauer der Konjunktur. Sie haben damit freie Bahn für ihren Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und die Ausplünderung der Konsumenten auf dem inneren Markt erlangt. Daß dem so ist, dafür lieferten die deutschen Kohlenbarone ein eindringliches Beispiel in diesen Tagen. Obwohl die geringe Erhöhung des Bergarbeiterlohnes um 5 bis 7 Prozent vielfach wettgemacht ist, auch durch die Leistungssteigerung um 28 bis 30 Prozent, verlangen sie ultimativ eine Erhöhung des Kohlenpreises um 7½ Prozent als Aequivalent für die Lohnzulagen (der Lohn macht nur 37 Prozent des Kohlenpreises aus), eine dreimal so hohe Summe als die vermehrten Lohnausgaben ausmachen. Auf den Hinweis, daß sie große Rücklagen aus den Gewinnen der vergangenen Monate gemacht haben, antworteten sie, daß sie diese Summen brauchen, um den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt mit Erfolg führen zu können.

Die Resultate der reformistischen Lohnpolitik sind also nicht die Wiedergutmachung der Verluste, die die Arbeiter in der ersten Periode der Rationalisierung erlitten haben, sondern die Sicherung der Unternehmergewinne vor Angriffen der Arbeiter in den Monaten der Hochkonjunktur. Wie das Jahr 1926 mit einer Senkung des Lebensstandards der Arbeiter endete, so wird es auch mit dem Jahre 1927 der Fall sein, wenn die Arbeiter nicht den Widerstand gegen die Fortsetzung der Politik des reformistischen Betrugens organisieren. Das befürchtet die Regierung der Unternehmer. Sie traut der Zuverlässigkeit der Hilfe der Gewerkschaftsführer nicht, darum ergreift sie eine Reihe Maßregeln, um durch Gesetzjustiz und Polizei den Raubzug der Unternehmer auf die Arbeitertaschen sicherzustellen. Das Arbeitszeitgesetz ist dazu der Anfang, ähnliche Gesetze auf anderen Gebieten sind in Vorbereitung. Die Justiz hat schon eine Reihe von Urteilen gefällt, die nicht nur das Streiken in Betrieben mit durch Schiedsspruch festgelegten Verträgen für ungesetzlich erklären, sondern auch die Führer des Kampfes für den

Schaden haftbar machen, der durch den Streik den Unternehmern entsteht. Die Gerichte gehen schon dazu über, Zeitungen unter Anklage zu stellen, die die Arbeiter nach Annahme des Arbeitszeitgesetzes auffordern, nur noch acht Stunden zu arbeiten (Anklage gegen den „Kämpfer“ in Chemnitz). Doch das sind alles Zwirnsfäden, die den Kampf der Arbeiter nicht unmöglich machen können, wenn die Arbeiter zum Kampf gewillt sind. Diesen Willen zum Kampf, trotz bestehender Schiedssprüche oder sogenannter freiwilliger tariflicher Vereinbarungen, gilt es in möglichst breiten Arbeiterschichten lebendig zu machen, solange die gute Konjunktur anhält. Die reformistische Ideologie von der Tariftreue muß unter allen Umständen gründlich zerstört werden. Die Notlage der Arbeiter und die Macht des Staates wurden rücksichtslos angewandt, um der Arbeiterklasse gegen ihren Willen Verträge aufzunötigen, bei deren Erfüllung sie allein die Betroffene ist. Für den Unternehmer gibt es keine Vertragstreue. Als es dem deutschen Unternehmerhäuptling Borsig angebracht schien, durch eine Aussperrung die sächsischen Metallarbeiter zur Annahme eines Arbeitsvertrages mit 54stündiger Arbeitszeit zu zwingen, fragte er nicht eine Minute nach dem bestehenden Tarifvertrag; er hielt dessen Bruch für ganz selbstverständlich zur Erreichung seines Zweckes. Es muß in den kommenden Monaten alles getan werden, damit die Arbeiter nach den Methoden Borsigs lernen, den Achtsturentag zu erobern und einen angemessenen Lohn dazu. Wir sind nicht im Zweifel, daß breite Arbeitermassen noch im Jahre 1927 den ersten Versuch dazu unternehmen werden, trotz der reformistischen Gegenwirkung. Der kommende Herbst wird aller Voraussicht nach eine neue und ungestümere Lohnbewegungswelle sehen.

A. G. BOSSE:

## DER ANTI-IMPERIALISMUS UND DIE AMERIKANISCHE ARBEITERKLASSE

Die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten in einen neuen Krieg verwickelt werden, wird immer ernster. Die Krisen in China, Mexiko und Nikaragua wurden von den Jingoos bis zu den äußersten Grenzen getrieben. Kinos und Presse beginnen das Volk in patriotische Hitze zu bringen. Gräueltgeschichten, religiöse Vorurteile und die Schwindelmeldungen des Staatsdepartements tun das Ihrige dazu. Infolge der Vertagung des Kongresses der Vereinigten Staaten hat die Regierung nicht einmal die geringe Opposition zu befürchten, die sie voraussichtlich durch Lügen, Ablehnungen und Beschuldigungen gegen den Bolschewismus besänftigen würde. Die Liberalen und die Kleinbourgeoisie zeigen scheinheilig ihre Abneigung gegen einen Krieg in der gegenwärtigen Zeit. Die einzige Kraft im Lande, die einen Krieg aufhalten könnte, wäre eine kämpfende und geeinigte Arbeiterklasse; aber die große Masse der amerikanischen Arbeiterklasse befindet sich im Schlafe oder ist patriotisch. Seit dem Weltkrieg war das Fehlen einer kämpfenden Führerschaft der Gewerkschaften niemals so bitter empfunden worden wie gegenwärtig. Die Führerschaft des amerikanischen

Gewerkschaftsbundes (AF of L) hat in den Fragen Mexikos und Chinas eine Stellung eingenommen, die sogar noch reaktionärer ist, als sie es je zuvor war, und gerade daraus läßt sich ihre Rolle als „Arbeiterleutnants“ des Imperialismus am besten ersehen. Die Führerschaft der sozialistischen Partei ist fast ohne Ausnahme sozialpatriotisch eingestellt, und dies sogar in noch höherem Maße als es Liberale und Pazifisten sind.

Die einzige Kraft im Lande, die die Arbeiter zur Verteidigung der chinesischen Revolution und zum Kampfe gegen die Angriffe auf Mexiko und Nikaragua aufruft, ist die kommunistische Partei (Workers Communist Party).

Zu Beginn des Jahres, als die Vereinigten Staaten in Nikaragua einfielen und als sie ihren Angriff auf Mexiko steigerten, konzentrierte die Kommunistische Partei die Aufmerksamkeit ihrer Presse und Mitgliedschaft auf die Kampagne gegen Imperialismus und Krieg. Als sich die militärische Intervention gegen die wachsenden Erfolge der nationalistischen Kräfte zuspitzte, wurde die Kampagne mit der Parole „Hände weg von China!“ in den Vordergrund der Parteitätigkeit gestellt. Das Exekutivkomitee beschloß, folgendermaßen vorzugehen: Druck neuer Flugschriften, in denen die Drohungen Amerikas und der anderen Mächte, gegen China einen Krieg in großem Maßstabe zu führen, klar auseinander gesetzt werden; offener Brief an den Vollzugsrat der AF of L, in dem gefordert wird, daß er Stellung für die chinesischen Bauern und Arbeiter nehmen möge; sofortige Organisierung von Konferenzen unter der Losung „Hände weg von China“ in allen industriellen Zentren, wo solche bisher noch nicht organisiert worden waren, und zwar auf breitester Grundlage und unter stärkster Beteiligung seitens der Gewerkschaften; Kampagne zur Unterstützung der Opfer des Nankinger Blutbads; Hilfsaktion zum Ausbau des linken Flügels in der amerikanischen Kuomintang; Mobilisierung der ehemaligen Soldaten zu antiimperialistischer Arbeit usw.

An alle Verbände und Parteifraktionen in den Gewerkschaften und Arbeiter-Massenorganisationen wurden Resolutionsentwürfe mit genauen Instruktionen, wie man die Kampagne ins Werk setzen soll, geschickt. In den verschiedenen Distrikten wurden von führenden Parteigenossen Subkomitees gebildet, um Einheitsfrontkonferenzen zu organisieren. Es wurden Mitgliederversammlungen in Stadt und Land einberufen, um die Kampagne zu erklären und konkret zu skizzieren und allen Parteimitgliedern Arbeit zuzuteilen. Die Zellen wurden instruiert, besondere Versammlungen einzuberufen, um die Lage in China zu diskutieren und allen Genossen Wege und Mittel zur aktiven Mitarbeit in der Kampagne zu weisen. Vom Zentralsekretariat wurden spezielle politische Briefe an alle Zellen und Fraktionen geschickt, die sich mit der Linksentwicklung in der chinesischen-Nationalbewegung, der zunehmenden Wichtigkeit der Gewerkschaften und der chinesischen Kommunistischen Partei, der Bedeutung Schanghai und Nankings und der Rolle der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japans befaßten.

Die Losungsworte der Partei in den täglichen Schlagzeilen auf der Titelseite des „Daily Worker“ und in ihren Flugschriften und Resolutionen waren folgende: „Bringt euren Verband dazu, daß er dem Kongreß heute telegraphiert! Zieht alle Kriegsschiffe von Nikaragua zurück! Keine Inter-

vention in Mexiko! Hände weg von China! Zieht alle Truppen und Kampfschiffe zurück! Schluß mit den Angriffen auf Sowjetrußland!“ Eine Durchsicht des „Daily worker“ während der Monate März und April zeigt, daß Leitartikel über China tatsächlich jeden Tag veröffentlicht wurden, außerdem noch zahlreiche Spezialartikel, Erzählungen, Photographien, Zeichnungen und Karikaturen usw. Es wurden Erklärungen der Komintern abgedruckt. Die Reden der Genossen Stalin, Bucharin, Manuilsky und Tan Ping-schan wurden in Form einer Broschüre unter dem Titel „China in Aufstand“ herausgegeben. Das Meiste, was in den Leitartikeln erörtert wurde, war richtig, darunter auch die Behandlung des Verrates von Tschang Kai-schek. Indessen wurde in zwei Leitartikeln (in denen vom 15. und 16. April) der Fehler begangen, nicht zwischen der Groß-, Mittel- und Kleinbourgeoisie zu unterscheiden und die Tendenz zu zeigen, sie als eine reaktionäre Masse zu behandeln und den Ausdruck „Mittelklasse“ in einer konfusen Weise zu gebrauchen.

Die Parteipresse hat die Motive der Vereinigten Staaten in ihrem Verhalten zu China folgendermaßen dargelegt:

1. Angst vor der Wirkung der erfolgreichen chinesischen Revolution auf die Philippinen.

2. Angst vor der Wirkung einer Niederlage in China auf das Prestige der Vereinigten Staaten in Latein-Amerika.

3. Hoffnung auf Niederschmetterung der Sowjetunion, indem diese zu einem Krieg provoziert wird.

4. Hoffnung auf weitere Ausbreitung der Hegemonie der Vereinigten Staaten.

Die Partei gab eine scharfe Erklärung gegen die Ueberfälle auf die Sowjet-Vertretungen in China und gegen die Versuche, die Sowjetunion in eine Kriegsfalle zu locken, heraus. Von den herausgegebenen Flugschriften war eine der besten an die Matrosen, die in Philadelphia eingeschifft wurden, gerichtet; sie war in der gewöhnlichen Umgangssprache geschrieben, die selbst für das „Lumpenproletariat“, das die Mehrheit der Matrosen bildet, verständlich war. Andere Flugblätter wurden von Aeroplanen abgeworfen, und im Ganzen wurden davon Hunderttausende verteilt.

Resolutionen gegen den imperialistischen Angriff auf die Sowjetunion wurden von den Verbänden, in denen die Kommunisten und der linke Flügel stark genug sind, um sie durchzusetzen, ferner von „Hände weg von China“-Konferenzen, von Massenmeetings und Demonstrationen beschlossen. Die Partei verlangte von den sozialistischen und Farmer-Senatoren sowie von den Kongreßteilnehmern Eingreifen im Sinne der Zurückziehung der Truppen aus Nikaragua und China. Die Farmer-Arbeiterpartei von Minnesota, die 250 000 stimmberechtigte Arbeiter und Farmer umfaßt, faßte, als Resultat der Arbeit unserer Parteimitglieder, in ihrer letzten Versammlung Resolutionen, die das Anwachsen der imperialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten brandmarken und die Erhebung der Anklage gegen Kellogg fordern. Die Führer und die Mitglieder dieser Organisationen wurden zu Massendemonstrationen zusammen mit der KP und der Kuomintang mobilisiert. Die Versammlung der fortschrittlichen Farmer Amerikas wurde soweit gebracht, eine Protestresolution gegen den amerikanischen Imperialismus anzunehmen.

„Hände weg von China“-Konferenzen wurden zu Dutzenden in großen Städten organisiert, die, in beinahe jeder Instanz, die Mitglieder der örtlichen Organisationen der Kuomintang, der Gewerkschaften und verschiedener Sprachverbände (Mexikaner, Venezuelaner, Philippiner, Japaner und andere) umfaßten. Die internationale „Arbeiter-Verteidigung“ und die allamerikanische „Antiimperialistische Liga“ nahmen gleichfalls an ihnen teil.

Die Konferenzen wurden durch diese Liga, soweit sie dazu in der Lage war, einberufen. Alle Sektionen der Liga in Latein-Amerika wurden mit herangezogen, um dadurch in diesen Ländern eine größere Einheit gegen den amerikanischen Imperialismus zu schaffen. Die Kommunistische Partei ergänzte die Konferenzen und die Resolutionen durch Veranstaltung von Massenmeetings und Demonstrationen auf einer breiten Einheitsfrontbasis in jeder Stadt, wo dies möglich war.

Die Versammlungen am Todestage Lenins waren im ganzen Land anti-imperialistische Demonstrationen, die Lenins Lehren über den Imperialismus und über die unterdrückten Nationalitäten mit der gegenwärtigen Krise verknüpften. In New York fanden sich 20 000 Personen zur Lenin-Gedenkfeier ein, in Chicago 5000, in Philadelphia 3000 usw. Zu Beginn des Monats April fand in einer der größten Säle New Yorks eine Versammlung statt, an der mehr als 22 000 Arbeiter teilnahmen und in der eine Resolution angenommen wurde, die die Solidarität mit der chinesischen Revolution erklärte, es wurde auch eine Sammlung für die Opfer des Nankinger Blutbads veranstaltet. In einigen Städten wie Philadelphia und Seattle fanden Straßenaufmärsche der Arbeiter zum erstenmal seit dem Kriege statt. Indessen war es in den meisten Städten für die Partei noch unmöglich, solche Aufmärsche zu veranstalten. Eine Demonstration in Washington vor der britischen Botschaft wurde durch die Polizei auseinander gejagt. Die Maifeier-Demonstrationen hatten alle den Charakter antiimperialistischer Kundgebungen. Auf vielen von ihnen sprachen chinesische Redner.

Die Partei hat versucht, die chinesischen Arbeiter, Studenten und Kleinbürger im ganzen Lande zu mobilisieren. In einigen großen Universitäten wurde gute propagandistische Arbeit unter chinesischen Studenten geleistet. Die meisten der Lokalorganisationen der Kuomintang arbeiten offen mit der Kommunistischen Partei und der antiimperialistischen Liga zusammen. In Kalifornien, wo die Chinesen sehr zahlreich sind, war die Partei in ihrer Agitation und Propaganda sehr erfolgreich. Die New Yorker Tageszeitung der chinesischen Nationalisten hat die chinesische Kampagne unserer Partei bekräftigt, und das kalifornische Organ „Der chinesische Führer in Amerika“ hat die antiimperialistischen Aufrufe der Partei veröffentlicht und überdies ihre Werbekampagne unterstützt. Redner der Kuomintang haben an den Gedenkfeiern für Ruthenberg und an den Werbeversammlungen der Partei teilgenommen. Andererseits haben kommunistische Redner in den Gedenkfeiern für Sun Yat-sen gesprochen. Das Anknüpfen von Verbindungen mit den Lokalorganisationen der Kuomintang war umso wichtiger gewesen, als ihr Zentral-Exekutivkomitee in den Vereinigten Staaten durch Elemente des rechten Flügels geleitet wird, die den Aufruf des Zentral-Exekutivkomitees von Hankau, die amerikanische Kuomintang für den linken Flügel und gegen Tschang Kai-schek zu mobilisieren, unterschlagen haben. Durch

die Kommunistische Partei wurden erfolgreiche Versuche gemacht, um Hand in Hand mit dem linken Flügel der Kuomintang an dessen Aufbau mitzuwirken.

Dem Offenen Brief an die AF of L, in dem gefordert wurde, daß sie eine Aktion gegen den Imperialismus ins Werk setze, folgte eine organisierte Kampagne in den lokalen Verbänden, um diese gegen den amerikanischen Imperialismus zu mobilisieren und auf die Gewerkschaftsbürokratie einen Druck auszuüben. Die Konferenz, die unter der Parole „Hände weg von China“ in der Stadt New York organisiert wurde, war von 130 Delegierten besucht, durch welche 61 örtliche Gewerkschaftsverbände vertreten waren, ferner eine Reihe von Bruderorganisationen und politischen Organisationen der Arbeiter, schließlich unterdrückte Nationalitäten, wie die Neger, die Venezuelaner, die Chinesen usw. Der New Yorker Zentrale Arbeiterverband, der 800 000 Mitglieder der AF of L repräsentiert, war genötigt, bei Eröffnung der Konferenz Pate zu stehen. Die sozialistischen Delegierten versuchten, die Konferenz zu sprengen, aber als sie durch die Vertreter der Kuomintang der Spaltungsarbeit beschuldigt wurden, zogen sie sich zurück, woraufhin auch die Bürokraten des Zentralarbeiterverbandes von New York sich von der Teilnahme und Verantwortung zurückzogen. Die Verbände, die auf der Konferenz vertreten waren, ebenso wie die anderen Arbeiterorganisationen, nahmen weiter an ihr teil. In Chicago erhob der Zentralarbeiterverband, der 800 000 organisierte Arbeiter der AF of L vereinigt, eine Protestresolution gegen den amerikanischen Imperialismus zum Beschluß. Aehnliche Aktionen wurden auf die Initiative der Kommunisten und der Angehörigen des linken Flügels der Gewerkschaften von den Zentralarbeiterverbänden von Boston, Detroit, Minneapolis Stamford sowie von dem Verband des AF of L im Staate Wisconsin unternommen. In zahlreichen anderen Städten nahmen die gewerkschaftlichen Ortsverbände an den „Hände weg von China“-Konferenzen teil.

Trotz des Druckes, der durch die Verbände die zentralen Arbeiterkörperschaften und die Konferenzen auf die Führer der AF of L ausgeübt wurde, haben sich diese selbst auch weiterhin als reaktionäre Lakaien des amerikanischen Imperialismus erwiesen. Sie sprachen besänftigende sirupsüße Phrasen, in denen sie die brutalen Angriffe ihrer kapitalistischen Herren „erklärten“ und verteidigten, und sie weigerten sich, auch nur einen Finger für Nikaragua, Mexiko oder China zu rühren.

Ein Leitartikel aus der Feder des Präsidenten des amerikanischen Arbeitsverbandes, Green, in der Januarnummer des offiziellen Organs des AF of L „American Federationist“ bekräftigt den Wunsch Coolidges, die Verwaltung auf den Philippinen aus den Händen des Kriegsdepartements in das eines Zivildepartements zu übergeben. Der Artikel interpretiert diese Befestigung der amerikanischen Herrschaft auf den Philippinen als „einen ernstlichen Beweis unserer guten Absicht zur Durchführung unseres feierlichen Versprechens der äußersten Unabhängigkeit“. Auf diese Weise würden der „Idealismus und die Normen, die unser Prestige unter den Nationen erhöht haben“, aufrechterhalten werden!

In der folgenden Ausgabe dieser Zeitschrift (Februar) verteidigt Green den Krieg gegen Nikaragua und Mexiko folgendermaßen:

„Schiedsgerichte müssen eingesetzt werden. Der amerikanische Arbeitsverband hofft, daß unsere Regierung nicht das Spiel eines imperialistischen Selbstherrschers treiben wird . . . , sondern daß sie selbst durch ihre Praxis und ihre Vorschriften beweisen wird, daß sie ein Anwalt und Fürsprecher der Selbstbestimmung und demokratischen Freiheit ist“.

Als die Arbeiterverbände von Lateinamerika an den Panamerikanischen Arbeitsverband die Anfrage stellten, ob auf dem Juli-Kongreß des Panamerikanischen Verbandes die imperialistischen Angriffe der Vereinigten Staaten auf Mexiko, Nikaragua, Haiti usw. diskutiert werden würden, antwortete Green, daß die Erörterung auf jene besonderen Grenzen beschränkt werden würde, die einem Arbeitskongreß gezogen sind. Da derzeit die AF of L den Panamerikanischen Arbeitsverband vollkommen beherrscht, so ist das ein Versuch, auf diese Weise jede Bezugnahme auf solche politische Angelegenheiten, wie es die Angriffe auf Mexiko und Nikaragua sind, in Acht und Bann tun. Der kommende Juli-Kongreß des panamerikanischen Arbeitsverbandes wird wahrscheinlich eine Opposition aus Lateinamerika, wenn sie auftritt, so behandeln, wie dies die letzte Tagung der AF of L tat. Dadurch wird der Kongreß zu einen bloßen oberflächlichen Austausch von Höflichkeiten zusammenschrumpfen.

Was China betrifft, nimmt Green dieselbe imperialistische Haltung in einem Leitartikel der Märznummer des „American Federationist“ ein: Der Arbeitsverband hoffe, daß die „Tradition der Redlichkeit und Billigkeit“ in der Behandlung Chinas durch Amerika aufrecht bleiben würde; die „Parter-Resolution auf dem Kongreß kennzeichnet eine billige amerikanische Politik“; wenn gerechtere Verträge auf der Basis der Gegenseitigkeit die gegenwärtigen ungerechten Verträge ersetzen würden, wäre das ganze Problem Chinas gelöst usw. Sogar nach dem Bombardement von Nanking und der Konzentration von amerikanischen Schiffskräften in Hankau, verherrlichten diese Schildknappen des Imperialismus die Politik Kelloggs und Coolidges, die doch „jede Absicht eines territorialen Eingriffs oder den Genuß irgend eines materiellen Vorteiles in China abgeleugnet haben“. Green gibt zu, daß „der Kommunismus und die kommunistische Philosophie in China gewisse Fortschritte wenigstens zeitweise machen wird“. Aber eine Sowjetregierung oder kommunistische Grundsätze wären dort unmöglich wegen „der Geschichte, der Traditionen, der Charaktere . . . , des Lebens und des Geistes“ usw. des chinesischen Volkes. („American Federationist“ vom April.)

Die AF of L-Bürokratie lehnte es ab, am Panpazifistischen Kongreß teilzunehmen. Dagegen haben sie Ramsay Macdonald und Kerenski in ihr Kessel-treiben gegen den Kommunismus, gegen Sowjetrußland und die chinesische Revolution hineingezogen und eine Einheitsfront gebildet, die bis zur Regierung und zur Wall Street reicht. (Die „National Civil Federation“.)

Die Kommunistische Partei richtete einige offene Briefe an den Vollzugsrat der AF of L und verlangte, daß er an der Einheitsfront der Arbeit gegen die Politik der „Dollar-Diplomatie“ der Vereinigten Staaten teilnehmen möge. Die Zeitung „Der chinesische Führer in Amerika“ verlangte gleichfalls von der AF of L, sich an der Aktion für China zu beteiligen, aber die AF of L hat weiterhin den blutigen, amerikanischen Imperialismus entschuldigt und unterstützt, trotz der dank der Tätigkeit der Kommunistischen

Partei angenommenen Protestresolutionen seitens zahlreicher Körperschaften der AF of L.

Die Rolle der Sozialistischen Partei war ebenso verdammenswert, aber schlauer. Sie hat über amerikanische Angriffe in Lateinamerika Phrasen gedroschen, einige harmlose Resolutionen verfaßt, einige Versammlungen abgehalten, in denen christliche Pazifisten und zungenfertige Sozialverräter vor der Brutalität des Imperialismus warnten. Aber wenn es galt, zu handeln, waren die Bürokraten in der Führerschaft der SP nicht nur passiv, sondern sie versuchten sogar, Massendemonstrationen zu verhindern. Jedoch der Druck der einfachen Arbeiter hat bestimmte Beamte der SP gezwungen, an den antiimperialistischen Konferenzen, wie den unter der Losung „Hände weg von China“ veranstalteten und anderen teilzunehmen. Aber ihre offiziellen Organe und Sprecher sind genau so reaktionär wie die der AF of L. Ihr „Pazifismus“ und Sozialverrat wird von ihrer Angst und ihrem Haß gegen die Kommunisten, selbst wenn sie so weit entfernt sind wie in China, noch gesteigert. Die verschiedenen Tendenzen und Gruppen in der sozialistischen Partei verdienen, gekennzeichnet zu werden.

Viktor Berger, der einzige Sozialist im Kongreß der Vereinigten Staaten, legte dort in einer Rede dar, wie das amerikanische Finanzkapital versuchte, in Mexiko einen Umsturz hervorzurufen, wie Huerta in den Vereinigten Staaten die Konterrevolution vorbereitete und dazu ausgerüstet wurde und wie das Verbot der Waffenverladung nach Mexiko das Zeichen zum Beginn des Umsturzes sein sollte. Die Schlußfolgerung, die er daraus zieht, ist eine klassische.

„Angenommen, daß es in den Sternen geschrieben steht, daß es nur eine ökonomische und politische Einheit auf diesem Kontinent vom Nordpol bis zum Panamakanal geben soll, gibt es nur diesen einen Weg, um sie zu erreichen? Kann das nur durch Anwendung brutaler und unbarmherziger Gewalt gegen schwache und verteidigungslose Nachbarn geschehen? Gibt es nicht so etwas wie friedliches Eindringen? (Von mir hervorgehoben. A. G. B.)

Diese „sensationelle Rede“ verbreitet die Sozialistische Partei im ganzen Lande. In New York allein wurden 25 000 Exemplare der Rede vertrieben. Sie wird als „ausgezeichnete Propagandaschrift“ gepriesen; außerdem — „sind keine Postmarken nötig“ (denn die Reden werden in Kongreßkuverts von der Post unentgeltlich befördert). Unsere SP-Kleinbourgeois verbinden Geschäftssinn mit ihrer Propaganda. Das offizielle Organ der SP, der „American Appeal“, nimmt gegen den „heimlichen“ Krieg gegen Nikaragua Stellung, da er nicht in dem Sinne „autorisiert“ war . . . „wie es unsere Konstitution verlangt“, da er nicht als Ehrensache erklärt worden war, und das „Volk“ keine „Gelegenheit hatte, seine Meinungen und Wünsche auszudrücken“. Auch spiele die Verwaltung der Vereinigten Staaten kein ehrliches Spiel. Sie wolle ihren schwächeren Gegnern keine Chancen geben. Sie gebrauchte ihre Marine „auf eine Art, als garantierte sie einen Sieg“ ihrem Strohmann Diaz. Gebt diesen Sozialverrättern einen ehrlichen Krieg, einen Krieg, der auf Grund „fairer“ Diskussionen in der kapitalistischen Presse, der Kirche, den Radios und Kinos des Landes als „gesetzlich“ erklärt wird, und sie werden ihm beipflichten. Ihre Lösung der Fragen für die Vereinigten Staaten besteht in deren Eintritt in den Völkerbund, um aus ihm einen wirklichen Völkerbund zu machen. Zwar hat der letzte Parteitag der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten

eine Resolution, die für den Völkerbund, niedergestimmt — dank einer Einheitsfront des „linken Flügels“ und des deutschfreundlichen Berger, aber Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist für die SP-Bürokraten nicht mehr ein Zufall, sondern schon eine Gewohnheit.

Was man in der SP „linken Flügel“ nennen könnte, wird durch Norman Thomas und Upton Sinclair vertreten. Thomas findet, daß die Handlungsweise der nationalistischen Armee während des Massakers von Nanking ein

„tragisches Ereignis ist und eine Enttäuschung für diejenigen, die große Hoffnungen in die Disziplin und die Zurückhaltung der nationalistischen Armee gesetzt haben“.

Dieser „wohlmeinende“ Freund der chinesischen Revolution hofft noch immer, daß die Vereinigten Staaten Chinas Freundschaft gewinnen werden, und er will dazu beitragen, indem er Coolidge drängt,

„mit einem repräsentativen Komitee neue Verträge abzuschließen, denen beide Parteien zustimmen sollten. Die Nationalisten und ihre Feinde, die alten Kriegsherren, müssen dahin gebracht werden, gemeinsam eine Revision der Verträge zu fordern . . . Wenn das Komitee nicht geschaffen wird, würde das gewiß der Fehler der Chinesen (!) sein“.

Die Gegenwart der Truppen rechtfertigt er damit, daß sie die Evakuierung der Amerikaner aus China „so leicht und ordentlich als möglich“ bewerkstelligen sollen. („New Leader“ vom 2. April 1927.) Der Herausgeber des „New Leader“ James Oneal gibt seiner Freude über das Vorgehen Tschang Kai-scheks und die Hinrichtungen der kommunistischen und Gewerkschaftsführer Ausdruck. Und Thomas, obgleich er zugiebt, daß es keinen Beweis für eine Sprengung der Kampffront durch die chinesischen Kommunisten gibt, ist bereit, alles zu glauben, was gegen sie spricht. Der „New Leader“ findet die Möglichkeit eines Krieges gegen Sowjetrußland — „interessant zu beobachten“, und weigert sich, auch nur in bloßen Worten dagegen zu protestieren.

Ein anderer prominenter Sozialist des „linken Flügels“, der seinerzeit bei dem Verteidigungs- und Hilfswerk der KP mitgewirkt hat, ist der Romanschriftsteller Upton Sinclair. Er hat vor kurzem ein Bekenntnis geschrieben, worin er sein Bedauern ausdrückt, für den Weltkrieg gewesen zu sein. Jetzt, da die Angelegenheit seit zehn Jahren vorüber ist, kann er erklären, warum die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten sind: Balfour lockte Wilson in den Krieg, indem er ihn als „sozial Gleichgestellten“ behandelte! Seine Frau hätte ihm nicht erlaubt, im Jahre 1917 diese sensationelle Enthüllung zu veröffentlichen, aber er könne es Wilson auch jetzt, im Jahre 1927, noch nicht verzeihen, daß dieser sich geweigert hat, den Krieg auf den Empfang eines Telegrammes Sinclairs hin zu beenden: „Er machte nicht nur einen Narren aus sich, sondern auch aus mir“.

In einem Brief an die Moskauer Tageszeitung „Wetschernaja Moskwa“ „warnte“ vor kurzem Sinclair Sowjetrußland davor, in die Kriegsfall zu gehen, in die es die Imperialisten durch den Ueberfall auf die Gesandtschaft in Peking zu locken suchen. Er glaubt daß ein Jahrhundert menschlichen Fortschrittes von dem Weiterleben Sowjetrußlands abhängt. . . und daß dieses fest gegenüber dem Weltkapitalismus mit seiner blinden Habgier stehen bleiben muß“. In einem Telegramm an das Organ „Chinesischer Führer in Amerika“ betrachtet er die nationalistische Bewegung als das „begeistertste Beispiel dieser Zeit“. Sinclair steht mit dieser Haltung zu Sowjetrußland und China fast allein unter den Führern der SP da und reprä-

sentiert nicht eine organisierte Gruppe, so daß seine Erklärungen einfach als individualistische genommen werden müssen.

Bei einer solchen reaktionären Bürokratie und kleinbürgerlichen Ideologie der SP ist es nicht überraschend, daß die SP praktisch nichts getan hat, um einen Krieg gegen China, Sowjetrußland, Mexiko, Nicaragua zu verhüten. Rein platonische „Warnungen“ im Namen von „Demokratie“ und „Menschlichkeit“, ein paar Massenversammlungen, die sich in Agitationsversammlungen für die SP verwandelten und — viele Verteidigungsreden für den Imperialismus einerseits sowie Versuche, die wirklichen Einheitsfront-Konferenzen gegen den Imperialismus zu sprengen und zu verhindern andererseits, sind die Gesamtsumme ihrer anti-imperialistischen Arbeit.

Die Kommunistische Partei war der einzige revolutionäre Faktor gewesen, der trotz der Sabotage der Bürokraten der Sozialistischen Partei und der „AF of L“ mutig daran gearbeitet hat, die Vorhut der Arbeiterklasse und die ehrlichen Elemente der Klein-Bourgeoisie im Kampfe gegen den alles zertretenden amerikanischen Imperialismus zu vereinigen. Die Partei ist gegenwärtig zahlenmäßig klein und der korrumpierende Einfluß eines höchstentwickelten Kapitalismus blendet weiterhin den Hauptteil der Arbeiter. Es sind jedoch Kampagnen im Zuge, die die Massen nach und nach mobilisieren und dem Imperialismus wirksam entgegenstellen sollen. Welches immer die tatsächlichen Ergebnisse der Aktion gegen die Angriffe auf China, Sowjetrußland und Mexiko sein mögen, sie werden nur der Initiative der Kommunisten und des linken Flügels entsprungen sein.

#### A. DE VRIES:

### DER JÜNGSTE PARTEITAG DER HOLLÄNDISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) Hollands hat vom 16. bis 18. April 1927 in Utrecht ihren alljährlichen Kongreß abgehalten. Dieser Kongreß bot einen ziemlich interessanten Einblick in die Verhältnisse im reformistischen Lager.

Die SDAP gehört in der II. Internationale zu den am meisten rechts stehenden Parteien. Schon 1909 wurde die revolutionär-marxistische Opposition aus ihr ausgeschlossen; diese bildete dann die SDP, aus der die Kommunistische Partei Hollands hervorgegangen ist. Damit war dem Widerstand gegen den Reformismus in der SDAP selber das Rückgrat gebrochen. Im Jahre 1913 lehnte es die Partei noch ab, mit bürgerlichen Parteien in die Landesregierung einzutreten, 1914 jedoch setzte sie sich schon für die Vaterlandsverteidigung ein, und in diesem Jahr akzeptierte sie auch vollkommen die reformistische Ministerialpolitik. War aber die SDAP jetzt willig, so lehnten es die bürgerlichen Parteien, an erster Stelle die wichtige katholische Partei ab, auch die Sozialisten zur Regierungsbildung einzuladen. Bis jetzt ist es der SDAP, ungeachtet all ihrer Bemühungen und ungeachtet ihrer ganzen Politik, die seitdem auf dieses Ziel gerichtet ist, nicht gelungen,

in eine Regierungskoalition einzutreten. Nur die verhältnismäßig kleine Gruppe der „Vreyzinnig-Demokraten“, eine bürgerliche Reformpartei, ist bereit, die SDAP in ihrem Bemühen zu unterstützen, aber die Römisch-Katholische Staatspartei hat bis heute alle die vielfältigen Aufforderungen seitens der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung abgelehnt.

Die SDAP hat es bis jetzt im Landesmaßstabe nicht zum logischen Abschluß der reformistischen Politik gebracht; anders in den Gemeinden. Die holländische Sozialdemokratie hat die große Bedeutung der Munizipalpolitik für die Festigung ihrer Partei früh erfaßt und in sehr vielen größeren und kleineren Städten Koalitionen mit dem Bürgertum gebildet, so in Amsterdam, Rotterdam, Haag usw.

Die auswärtige Politik der SD war während des Krieges, wie schon gesagt wurde, offen sozialpatriotisch; sie wurde später scheinbar pazifistisch, völkerbundfreundlich, blieb im Wesen aber imperialistisch. In keiner Beziehung ist diese imperialistische Einstellung aber so unverkennbar, als in bezug auf die Kolonien. Hier unterstützt die SDAP diejenige Richtung der bürgerlichen Politik, die in Holland als die „ethische“ bezeichnet wird. d. h. die Richtung, die prinzipiell an der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung absolut festhält, die aber diese Ausbeutung zu festigen und zu verlängern sucht durch kleine Konzessionen an die höheren Klassen der indonesischen Völker.

Zu dieser Richtung gehörte nicht Mr. Fock, bis 1926 Gouverneur-General Indonesiens, wohl aber der jetzige Gouverneur-General de Graeff. Seine Antrittsrede, in der er mit fortschrittlichen Gedanken kokettierte, wurde denn auch von der Sozialdemokratie überschwänglich gelobt. Bald aber zeigte die „ethische“ Richtung ihr wahres Gesicht: die Aufstände auf Java und Sumatra wurden grausam unterdrückt, mehr als tausend Indonesier, denen sogar auf Grund des Kolonialstrafgesetzes nichts zur Last gelegt werden konnte, wurden in das unwirtlichste und ungesundeste Gebiet Indonesiens am Ober-Digoel in Neu-Guinea verbannt, die Ausgaben für Armee und Polizei um Millionen Gulden erhöht, und die „Wohlfahrtspolitik“ soll, wie es in den letzten Äußerungen des G.-G. heißt, erheblich eingeschränkt werden.

Die SDAP hat es nicht weitergebracht als zu einem lahmen Protest gegen „Exzesse“ bei der Unterdrückung des Volksaufstandes. Sie führt einen heftigen Kampf gegen die revolutionäre Volksbewegung, die angeblich von „Moskau“ inspiriert sein soll, versucht aber zu gleicher Zeit mit allen Mitteln Einfluß zu gewinnen unter den indonesischen Intellektuellen, um sie zur „positiven Mitarbeit“ an der fremdländischen Beherrschung zu bewegen. Es ist anzunehmen, daß ihr dies bei der jetzigen reaktionären Politik der indonesischen Regierung nicht gelingen wird.

Das Bild der sozialdemokratischen Politik in Holland wäre ohne Erwähnung ihres vorgenannten „Abrüstungs“-Vorschlags nicht vollendet. Während des Krieges bewilligte die sozialistische Parlamentsfraktion die Kriegskredite. Nach dem Kriege änderte sie ihre Linie, angeblich, weil es sich herausgestellt hatte, daß Holland bei dem jetzigen Stande der Waffentechnik in einem Kriege unverteidigbar sei, obwohl ihr dies auch während des Weltkrieges bekannt sein mußte. Sie brachte in der Zweiten Kammer des hollän-

sentiert nicht eine organisierte Gruppe, so daß seine Erklärungen einfach als individualistische genommen werden müssen.

Bei einer solchen reaktionären Bürokratie und kleinbürgerlichen Ideologie der SP ist es nicht überraschend, daß die SP praktisch nichts getan hat, um einen Krieg gegen China, Sowjetrußland, Mexiko, Nikaragua zu verhüten. Rein platonische „Warnungen“ im Namen von „Demokratie“ und „Menschlichkeit“, ein paar Massenversammlungen, die sich in Agitationsversammlungen für die SP verwandelten und — viele Verteidigungsreden für den Imperialismus einerseits sowie Versuche, die wirklichen Einheitsfront-Konferenzen gegen den Imperialismus zu sprengen und zu verhindern andererseits, sind die Gesamtsumme ihrer anti-imperialistischen Arbeit.

Die Kommunistische Partei war der einzige revolutionäre Faktor gewesen, der trotz der Sabotage der Bürokraten der Sozialistischen Partei und der „AF of L“ mutig daran gearbeitet hat, die Vorhut der Arbeiterklasse und die ehrlichen Elemente der Klein-Bourgeoisie im Kampfe gegen den alles zertretenden amerikanischen Imperialismus zu vereinigen. Die Partei ist gegenwärtig zahlenmäßig klein und der korrumpierende Einfluß eines höchstentwickelten Kapitalismus blendet weiterhin den Hauptteil der Arbeiter. Es sind jedoch Kampagnen im Zuge, die die Massen nach und nach mobilisieren und dem Imperialismus wirksam entgegenstellen sollen. Welches immer die tatsächlichen Ergebnisse der Aktion gegen die Angriffe auf China, Sowjetrußland und Mexiko sein mögen, sie werden nur der Initiative der Kommunisten und des linken Flügels entsprungen sein.

#### A. DE VRIES:

### DER JÜNGSTE PARTEITAG DER HOLLÄNDISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) Hollands hat vom 16. bis 18. April 1927 in Utrecht ihren alljährlichen Kongreß abgehalten. Dieser Kongreß bot einen ziemlich interessanten Einblick in die Verhältnisse im reformistischen Lager.

Die SDAP gehört in der II. Internationale zu den am meisten rechts stehenden Parteien. Schon 1909 wurde die revolutionär-marxistische Opposition aus ihr ausgeschlossen; diese bildete dann die SDP, aus der die Kommunistische Partei Hollands hervorgegangen ist. Damit war dem Widerstand gegen den Reformismus in der SDAP selber das Rückgrat gebrochen. Im Jahre 1913 lehnte es die Partei noch ab, mit bürgerlichen Parteien in die Landesregierung einzutreten, 1914 jedoch setzte sie sich schon für die Vaterlandsverteidigung ein, und in diesem Jahr akzeptierte sie auch vollkommen die reformistische Ministerialpolitik. War aber die SDAP jetzt willig, so lehnten es die bürgerlichen Parteien, an erster Stelle die wichtige katholische Partei ab, auch die Sozialisten zur Regierungsbildung einzuladen. Bis jetzt ist es der SDAP, ungeachtet all ihrer Bemühungen und ungeachtet ihrer ganzen Politik, die seitdem auf dieses Ziel gerichtet ist, nicht gelungen,

in eine Regierungskoalition einzutreten. Nur die verhältnismäßig kleine Gruppe der „Vreyzinnig-Demokraten“, eine bürgerliche Reformpartei, ist bereit, die SDAP in ihrem Bemühen zu unterstützen, aber die Römisch-Katholische Staatspartei hat bis heute alle die vielfältigen Aufforderungen seitens der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung abgelehnt.

Die SDAP hat es bis jetzt im Landesmaßstabe nicht zum logischen Abschluß der reformistischen Politik gebracht; anders in den Gemeinden. Die holländische Sozialdemokratie hat die große Bedeutung der Munizipalpolitik für die Festigung ihrer Partei früh erfaßt und in sehr vielen größeren und kleineren Städten Koalitionen mit dem Bürgertum gebildet, so in Amsterdam, Rotterdam, Haag usw.

Die auswärtige Politik der SD war während des Krieges, wie schon gesagt wurde, offen sozialpatriotisch; sie wurde später scheinbar pazifistisch, völkerbundfreundlich, blieb im Wesen aber imperialistisch. In keiner Beziehung ist diese imperialistische Einstellung aber so unverkennbar, als in bezug auf die Kolonien. Hier unterstützt die SDAP diejenige Richtung der bürgerlichen Politik, die in Holland als die „ethische“ bezeichnet wird. d. h. die Richtung, die prinzipiell an der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung absolut festhält, die aber diese Ausbeutung zu festigen und zu verlängern sucht durch kleine Konzessionen an die höheren Klassen der indonesischen Völker.

Zu dieser Richtung gehörte nicht Mr. Fock, bis 1926 Gouverneur-General Indonesiens, wohl aber der jetzige Gouverneur-General de Graeff. Seine Antrittsrede, in der er mit fortschrittlichen Gedanken kokettierte, wurde denn auch von der Sozialdemokratie überschwänglich gelobt. Bald aber zeigte die „ethische“ Richtung ihr wahres Gesicht: die Aufstände auf Java und Sumatra wurden grausam unterdrückt, mehr als tausend Indonesier, denen sogar auf Grund des Kolonialstrafgesetzes nichts zur Last gelegt werden konnte, wurden in das unwirtlichste und ungesundeste Gebiet Indonesiens am Ober-Digoel in Neu-Guinea verbannt, die Ausgaben für Armee und Polizei um Millionen Gulden erhöht, und die „Wohlfahrtspolitik“ soll, wie es in den letzten Aeußerungen des G.-G. heißt, erheblich eingeschränkt werden.

Die SDAP hat es nicht weitergebracht als zu einem lahmen Protest gegen „Exzesse“ bei der Unterdrückung des Volksaufstandes. Sie führt einen heftigen Kampf gegen die revolutionäre Volksbewegung, die angeblich von „Moskau“ inspiriert sein soll, versucht aber zu gleicher Zeit mit allen Mitteln Einfluß zu gewinnen unter den indonesischen Intellektuellen, um sie zur „positiven Mitarbeit“ an der fremdländischen Beherrschung zu bewegen. Es ist anzunehmen, daß ihr dies bei der jetzigen reaktionären Politik der indonesischen Regierung nicht gelingen wird.

Das Bild der sozialdemokratischen Politik in Holland wäre ohne Erwähnung ihres vorgenannten „Abrüstungs“-Vorschlags nicht vollendet. Während des Krieges bewilligte die sozialistische Parlamentsfraktion die Kriegskredite. Nach dem Kriege änderte sie ihre Linie, angeblich, weil es sich herausgestellt hatte, daß Holland bei dem jetzigen Stande der Waffentechnik in einem Kriege unverteidigbar sei, obwohl ihr dies auch während des Weltkrieges bekannt sein mußte. Sie brachte in der Zweiten Kammer des hollän-

dischen Parlaments einen Gesetzentwurf ein, der hauptsächlich folgendes enthielt:

- a) Verringerung des jährlichen Kontingents von 19 500 auf 3000 Mann für die militärische Macht zu Lande und vorläufig noch 1000 Mann für die Kriegsmacht zur See;
- b) Verkürzung der Uebungszeit auf vier Monate;
- c) Abschaffung der Wiederholungsübungen.

Ueber die Seemacht bemerkten die Antragsteller:

„Nach unserer Meinung genügt eine sehr beschränkte Seemacht für das Reich in Europa, bestehend aus zehn oder zwölf Polizei-Fahrzeugen und einigen Polizei-Aeroplanen, womit wir obendrein allen internationalen Verpflichtungen genügen. Eine solche Seemacht schlagen wir denn auch vor.“

„Es ist aber selbstredend, daß diese nicht auftreten kann, bevor nicht der Dienst in Indonesien gänzlich von dem im Mutterlande getrennt und für sich geregelt ist. Innerhalb zweier Jahre müssen die Vorschläge dazu eingereicht werden. Bis diese angenommen sind, können höchstens 1000 Mann pro Jahr für die Seemacht angenommen werden, wie das auch jetzt der Fall ist.“

Aus diesen Bestimmungen geht die ganze Heuchelei der sozialistischen Abrüstungspolitik hervor. Den bei allen holländischen Werkträgern weitverbreiteten antimilitaristischen Stimmungen wird entgegengekommen mit einer weitgehenden Verminderung des Kontingents; aber in der wirklichen Zitadelle des holländischen Imperialismus, in Indonesien, wo die Kriegsgefahr am größten ist, soll alles beim alten bleiben. Die Landmacht wird nicht erwähnt, und für die Seemacht ist im Gesetzentwurf eine ausdrückliche Ausnahme gemacht. Es braucht wohl nicht eigens betont werden, daß es der SDAP auch mit der Verminderung der europäischen Militärmacht keineswegs ernst ist; der Vorschlag wurde eingebracht, als die Ablehnung sicher war, um einen wohlfeilen Erfolg bei der Wählerschaft zu erringen. Die Führung der SDAP hat offen erklärt, bei eventueller gemeinschaftlicher Regierungsbildung nicht auf ihrem Gesetzentwurf zu bestehen und bereit zu sein, mit den bürgerlichen Parteien über diese Frage zu verhandeln.

Gefährlich war noch die Bestimmung, derzufolge die Hälfte des kleineren Kontingentes aus Freiwilligen, die andere Hälfte aus Dienstpflichtigen zusammenzusetzen war.

Für den kommunistischen Vertreter im Parlament, Genossen L. de Visser, war natürlich keine Veranlassung, gegen einen Vorschlag zu stimmen, nach dem die Machtmittel der holländischen Bourgeoisie ganz erheblich verringert werden sollten; die Partei trennte sich aber in der schärfsten Weise von der pazifistischen Ideologie der Sozialisten ab. Ihr Vertreter wies auf die Notwendigkeit der Anwendung der Gewalt im Klassenkampf hin und unterwarf die Prinzipienlosigkeit der sozialdemokratischen Auffassungen in dieser Frage einer ätzenden Kritik. Er beantragte, alle holländischen Truppen aus Indonesien zurückzuziehen; die Sozialisten lehnten diesen Antrag ab. Er schlug vor, die Freiwilligen in der Armee faktisch auszuschalten; das lehnten die Sozialisten wiederum ab und wurden so von den Kommunisten genötigt, die ganze Zweideutigkeit ihrer Politik offen vor dem Proletariat aufzuzeigen.

Diese reformistische Politik der Unterstützung des Imperialismus und Kolonialismus, die scharfe und ständige Kritik durch die KP Hollands hatten in ziemlich breiten Kreisen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft eine

gewisse Unzufriedenheit und Widerwillen erzeugt, wie sich dies auf dem Kongreß zeigte.

Aus dem Bericht, der vom Parteivorstand abgegeben wurde, ist vornehmlich hervorzuheben, daß die Mitgliedschaft der SDAP seit Jahren ungefähr stabil bleibt. Dieselbe betrug im Jahre

1922:	. . . . .	42 047
1923:	. . . . .	41 230
1924:	. . . . .	37 894
1925:	. . . . .	41 221
1926:	. . . . .	43 196

Bemerkenswert ist der steigende Prozentsatz der Frauen in der sozialdemokratischen Partei. Dieser hob sich von 1922 bis 1927 von 21 Prozent bis fast 29 Prozent.

Auf dem Kongreß stellte es sich heraus, daß der reformistische Gedanke die Partei noch beherrscht, jedoch ist eine der Zahl nach beträchtliche, ideologisch aber schwache Opposition im Aufkommen begriffen. Sie zeigte sich vornehmlich in der Debatte über die Parlamentseröffnung. Das holländische Parlament wird alljährlich von der Königin mit einer feierlichen Sitzung — die eine Huldigung für das Königtum darstellt — eröffnet. Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren diesem Schaustück immer fern geblieben. Diese Haltung drohte aber zu einer Gefahr für die etwaige Regierungsbeteiligung zu werden, und darum beschloß die Parteiführung, an dieser royalistischen Manifestation teilzunehmen. Ein Beschluß, der der Parteifraktion hierzu das Recht gab, wurde auf der letzten Sitzung des 1926er Kongresses durchgepeitscht, ohne daß die Mitglieder darauf vorbereitet waren, und im September beteiligten sich viele Sozialdemokraten an der „feierlichen“ Sitzung. Darob erhob sich ein Sturm in der Partei, es gab viele Protestschreiben in der Zeitung, Beschlüsse von Dutzenden von Abteilungen usw.

Auf dem Parteitag wurde viel hin und her diskutiert über diese Frage. Die Opposition wurde geführt von F. van der Golt, dem alten Verteidiger des theoretischen Marxismus, der aber seit vielen Jahren nur noch die reformistische Praxis der offiziellen Führer beschönigt und höchstens auch mal Nebenpunkte gelinde kritisiert. Er schlug dem Parteitag vor, die Fraktion zu ersuchen (!), zurückzukehren zu der vor 1926 befolgten Regel. Dieser Vorschlag wurde mit 478 gegen 363 Stimmen abgelehnt.

Die Tatsache, daß die Opposition sich fast ausschließlich mit dieser Frage beschäftigte und die große Linie der reformistischen Politik außer acht ließ, zeigt schon ihre Schwäche. Ebenso die Personen ihrer Führer: van der Golt, ein Wirrkopf wie R. Kuiper und sogar J. de Roode, der Auslandsredakteur der Parteizeitung „Het Volk“, gaben sich auf diesem Kongreß oppositionell, während derselbe de Roode sonst einer der schlimmsten Hetzer der internationalen Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion und gegen den Kommunismus ist.

Die großen internationalen Fragen fanden wenig Beachtung. Nur wenige Abgeordnete rügten die völlige Untätigkeit des sozialdemokratischen Parteivorstandes der indonesischen Volksbewegung gegenüber, wie auch die Tatsache, daß die Parlamentsfraktion den kommunistischen Vorschlag auf Zurückziehung des holländischen Kreuzers „Sumatra“ aus Schanghai ab-

gelehnt hatte. Diese Abgeordneten fanden, wie es scheint, im Kongreß nur geringen Widerhall, und zu irgendeinem Beschluß kam es nicht.

Mehr wurde diskutiert über den holländisch-belgischen Vertragsentwurf, aber in einer ganz eigentümlichen, für den Reformismus charakteristischen Weise.

Dieser Vertrag wurde vom belgischen Parlament akzeptiert; in Holland wurde er in der Zweiten Kammer mit einer kleinen Mehrheit angenommen, in der Ersten aber mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Der Inhalt des Vertrages macht dies verständlich, weil er eine ganz ansehnliche Begünstigung der belgischen Bourgeoisie bedeutet. Diese bekam die Erlaubnis, einen Kanal durch holländisches Territorium bis zum Rhein zu graben, wodurch die Gefahr heraufbeschworen ist, daß die Rheinschiffe aus Deutschland nicht mehr nach Rotterdam, sondern nach Antwerpen fahren werden. Eine weitere wichtige Bestimmung, die den Vertrag auch vom kommunistischen Standpunkte zu einem äußerst gefährlichen macht, betraf das Schelde-Regime. Während nämlich früher die Schelde zwischen Antwerpen und dem Meer für Kriegsschiffe gemäß der „Neutralität“ Belgiens geschlossen war, wurde jetzt die Aufhebung dieser Neutralität anerkannt, und über die Möglichkeit der Benutzung des Flusses durch eine belgische Kriegsflotte in einer derartig diplomatisch-zweideutigen Weise gesprochen, die Holland im Falle eines neuen Krieges unweigerlich in das Kriegsgetriebe hineingezogen haben würde.

Das holländische Bürgertum war geteilt. Es gab eine Partei, die diese weitgehenden Zugeständnisse bewilligen wollte, weil sie sich nicht mit Belgien, dem unmittelbaren Vasallen des französischen Imperialismus verfeinden mochte. Der größere Teil aber war dagegen, aus Furcht vor der belgischen Konkurrenz und führte — unter Leitung des Rotterdamer Hafens- und Handelskapitals — ein wahres Kesseltreiben gegen den Traktat.

Die Sozialdemokratie war in ihrer Meinung geteilt wie die Bourgeoisie und aus denselben Gründen. Manche stimmten für den Vertrag aus Furcht vor internationalen Entwicklungen und auf Grund ihrer pazifistischen Ideologie, viele andere waren dagegen, weil sie eine Schädigung der „nationalen“ ökonomischen Interessen befürchteten. Von einer Parteiansicht oder Disziplin war nicht die Rede, und in beiden Kammern war die sozialdemokratische Fraktion in sich selber geteilt. Es kam so weit, daß ein SD-Abgeordneter den früheren Vorsitzenden der SDAP, Vligen, einen „unbewußten Belgier“ nannte, und daß in der Ersten Kammer der Führer der Sozialdemokraten in Amsterdam, Wibant, den jetzigen Vorsitzenden, H. Polak, in der heftigsten Weise angriff.

Auf dem Kongreß wurde über die Sache selber nicht diskutiert, und ebensowenig wurden der Parlamentsfraktion in der Traktatsfrage irgendwelche Direktiven für die Folge gegeben. Es kam nur zu einer sentimentalen Versöhnungsszene zwischen Wibant und Polak, und damit war die Sache für den Kongreß erledigt.

Es ist aber sicher, daß die innere Spaltung der Sozialisten, die auch weiter bestehen bleibt, auf die Masse der Arbeiter einen sehr ungünstigen Eindruck machen wird.

Hinzuweisen wäre noch auf die Behandlung der Organisationsfrage. Die SDAP wird seit vielen Jahren von einem sehr engen Kreise alter Politiker

geführt. Gegen diese Tatsache scheint hinter den Kulissen von manchen jüngeren Führern ein Kampf geführt zu werden, der aber eher persönlichen als politischen Charakter zu haben scheint. Ein Vorschlag wurde eingebracht zur Ernennung einer Kommission, um die Organisation der Partei zu prüfen. Dieser Vorschlag wurde, entgegen dem Willen des Parteivorstandes, mit großer Mehrheit angenommen.

Das Verhältnis zwischen der SDAP und der Führung des modernen Gewerkschaftsbundes, des NVV, ist noch immer schlecht. Die Gewerkschaftsführung wünscht auch in politischen Problemen sich von der Bevormundung durch die sozialdemokratische Partei zu befreien. Man kann aber keineswegs sagen, daß sie einen radikalere Standpunkt als jene einnimmt. Als ihr Führer, Stenhuis, einmal radikalere Töne anschlug, wurde er von seiner eigenen Organisation in der schärfsten Weise zur Verantwortung gezogen. Stenhuis war auf dem Kongreß der SDAP zugegen; er lehnte es aber ab, eine Begrüßungsrede zu halten, obwohl er dazu aus der Versammlung aufgefordert wurde. Vor wie nach dem Parteitag führt er eine scharfe Polemik gegen den Führer der Parlamentsfraktion, Albarda, betreffs des holländisch-belgischen Traktats.

Im allgemeinen ist also zu sagen, daß eine wirklich prinzipielle anti-reformistische Opposition in der SDAP ein weites Feld zu ihrer Betätigung finden würde. Es gibt auch Ansätze zu einer solchen in einer kleinen Gruppe von Arbeitern, die sich um E. Fimmen und die Zeitschrift „Einheit“ gruppiert.

Wir müssen aber feststellen, daß diese Gruppe nicht versucht hat, auf dem Kongreß ihre Stimme zu erheben.

Summa summarum: Es gibt bei einem großen Teil der Mitgliedschaft der SDAP eine Unzufriedenheit mit der bisher ultrareformistischen Politik. Diese Unzufriedenheit hat sich noch nicht zu einer eigenen politischen Auffassung verdichtet, und ebensowenig hat sie eine organisatorische Form angenommen. Aber sie gibt jedenfalls die Möglichkeit für die KP Hollands, sich mehr als bisher bei den reformistischen Arbeitermassen Gehör zu verschaffen und durch eine konsequente Anwendung der Einheitsfrontpolitik ihren Einfluß zu vergrößern.

N. BLISKEWITZKIJ:  
DIE KONZENTRATION IN ENGLAND

Jene Grundelemente des Imperialismus, die Lenin in seiner Arbeit „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“ gekennzeichnet hat, gibt es in den verschiedenen imperialistischen Ländern in diversen Ausmaßen und diversen Kombinationen. Wenn beispielsweise für den deutschen Imperialismus der Vorkriegszeit die hohe Konzentration der Industrie am allercharakteristischsten ist, so war die Macht des englischen Imperialismus vor allem durch den Besitz ungeheurer Kolonialreichtümer bedingt (was auch heute noch der Fall ist).

Der deutsche bürgerliche Wirtschaftler Julius Hirsch berichtet im „Berliner Tageblatt“ (15. Juli 1926) in einem Aufsatz unter der Ueberschrift „Weltrohstoffsteuer“ über eine überaus charakteristische Unterredung zwischen ihm und einem bekannten englischen Finanzmanne:

„Vor Jahresfrist sprach ich mit einem der bekanntesten englischen Finanzmänner darüber, daß die europäische Industrie, insbesondere auch die britische, gegenüber Amerika rückständig und in der Gefahr sei, von der überlegenen Schlagkraft jenes Landes erdrückt zu werden. Darauf meinte dieser Finanzmann: Das macht nichts Entscheidendes, wenigstens nicht für uns. An vier bis fünf Rohstoffen, vor allem an Kautschuk, verdienen wir in diesem Jahre schon mehr als an der ganzen Industrie.“

Der englische Finanzmann betonte durchaus richtig, daß das Hauptmoment der wirtschaftlichen Macht Englands gegenwärtig in seiner kolonialen Macht, in seinen Rohstoffmonopolen bestehe. Dies zeigte und zeigt sich besonders plastisch im Kautschuk-Monopol, welches England gestattete, von den Vereinigten Staaten, die den größten Teil der Weltproduktion von Kautschuk aufnehmen, unmittelbar eine Rohstoffsteuer zu erheben. Eine überaus interessante Illustration der von Professor Hirsch angeführten Worte des englischen Finanzmannes bildet eine im Londoner „Economist“ (15. Januar 1927) veröffentlichte kleine Tabelle der Verschiebungen in den Gewinnen der Gesellschaften, die ihren Geschäftsbericht für das letzte Quartal des Jahres 1926 veröffentlichten. Der „Economist“ vergleicht das Ergebnis der Tätigkeit der Gesellschaften aus Industrie und Handel mit den Ergebnissen des Vorjahres. Wir entnehmen dieser Tabelle die charakteristischsten Daten.

	Differenz im Vergleich mit dem Vorjahre:	
	In Pfund Sterling	In Prozenten
1. Eisen, Kohle, Stahl . . . . .	— 1 110 280	—
2. Textilindustrie . . . . .	— 1 591 329	— 42,2
3. Schiffbauindustrie . . . . .	+ 26 029	+ 1,6
4. Bierbrauereien . . . . .	— 79 681	— 2,0
5. Automobilindustrie . . . . .	+ 15 861	+ 2,1
6. Erdöl . . . . .	+ 984 418	+ 23,8
7. Kautschuk . . . . .	+ 1 601 937	+ 81,9
8. Tee . . . . .	+ 71 204	+ 29,0

Wir sehen demnach eine beträchtliche Steigerung der Verluste sowohl in der Textilindustrie, wie in der Schwerindustrie. Wenn die Zunahme der

Verluste in der letzteren Industrie in erheblichem Grade auch durch den Bergarbeiterstreik bedingt ist, so muß doch zugleich in Betracht gezogen werden, daß dieselben Gesellschaften, von denen in der Tabelle die Rede ist, auch im Vorjahre einen beträchtlichen Verlust ausgewiesen haben (116 781 Pfund Sterling).

Die Automobil- und Schiffbauindustrie zeigen eine geringe Besserung. Ungeheure Erfolge zeigen endlich die Unternehmen, die mit den Erzeugnissen der Kolonien operieren (Erdöl, Tee und besonders Kautschuk).

Wenn aber der englische Partner Professor Hirschs mit seiner Einschätzung der gegenwärtigen Grundlagen der Macht Englands recht hat, so hat er mit seiner Einschätzung der Perspektiven unbedingt unrecht.

Die auf den Rohstoffen der Kolonien beruhende Macht Englands wird durch die stetig steigende nationale Freiheitsbewegung im Osten und die überaus starken Tendenzen der englischen Dominions zu voller staatlicher Selbständigkeit in außerordentlich hohem Maße erschüttert. In der gleichen Richtung wirken einerseits die energischen Maßnahmen der interessierten Länder, vor allem der Vereinigten Staaten, hinsichtlich der Kultivierung und Sicherung eigener Rohstoffe, andererseits die ungeheuren, den Charakter einer technischen Revolution zeigenden Fortschritte in der Erzeugung künstlicher Rohstoffe.

Die sich bis auf den heutigen Tag fortsetzende, überaus schwere Absatzkrise in der Industrie der kapitalistischen Länder, die vorwiegend durch Erweiterung und Vervollkommnung der Industrie in den führenden kapitalistischen Ländern bedingt ist, hat am stärksten auf den Export von Industrieerzeugnissen aus England zurückgewirkt, und zwar infolge der Rückständigkeit seiner Industrie gegenüber den anderen Ländern. Die schwache Konzentration in einigen überaus wichtigen Zweigen der englischen Industrie nimmt England die Möglichkeit, sich an internationalen Kartellen zu beteiligen.

Wenn England seine Weltherrschaft bewahren will, so ist es gezwungen, alle seine Kräfte dranzusetzen, um die Macht und die Konkurrenzfähigkeit seiner Industrie zu heben. Gerade hier liegt die schwache Stelle des englischen Kapitalismus, und auf sie hat W. I. Lenin hingewiesen, als er während des Krieges schrieb:

„England führt Krieg, um die deutschen Kolonien zu plündern und um seinen Hauptkonkurrenten zu vernichten, der es durch seine ausgezeichnete Technik, seine Organisation, seine Handelsenergie geschlagen hat und zwar dermaßen geschlagen hat, daß England ohne Krieg seine Weltherrschaft nicht mehr aufrechterhalten konnte.“ („Ueber den Separatfrieden.“ Bd. III, S. 37.)

Der Bericht der Kohlenkommission Sir Herbert Samuels über die Lage in der Kohlenindustrie zeigte deutlich, worin das Hauptübel für die englische Industrie besteht. In überaus vorsichtiger Form, jedoch mit genügender Bestimmtheit wies die Kommission darauf hin, daß die Konzentration der Kohlenindustrie für die englische Industrie von vitalster Bedeutung sei.

Als Initiatoren und richtunggebende Faktoren kommen für die Konzentration naturgemäß vor allem die Banken in Betracht.

In jedem Fall, in allen kapitalistischen Ländern, unter jeder Form der Bankgesetzgebung, wird der Prozeß der Kapitalkonzentration und der Monopolbildung durch die Banken gewaltig verstärkt und beschleunigt. (Lenin: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“. Seite 34.)

In den allgemeinen Jahresversammlungen der größten englischen Banken im Jahre 1926 und 1927 wurde in den offiziellen Rechenschaftsberichten der Frage der Konzentration viel Raum zugeteilt. Von wesentlicher Bedeutung ist der Umstand, daß hinter den Worten der Vertreter der englischen Finanzoligarchie durchaus reale Dinge stehen, da für den Erfolg der englischen Industrie auf den Auslandsmärkten die Hilfe der Banken zuweilen von entscheidender Bedeutung ist (langfristige Kredite, Anleihen usw.).

Neben den Bankiers traten als eifrige Verfechter der Konzentration auch andere hervorragende Vertreter der Geschäftswelt hervor, darunter Keynes (in der besonderen Frage der augenblicklich eine besonders schwere Krise durchlebenden Baumwollindustrie Lancashires).

Neben den Kundgebungen Keynes' erschieen im letzten Jahre in der englischen Presse eine große Zahl von Aufsätzen im Interesse einer gesteigerten Konzentration der Industrie. Wir wollen hier nur zwei Auszüge aus Aufsätzen anführen, die in einem so autoritativen Wirtschaftsorgan, wie es die „Financial Times“ sind, veröffentlicht wurden.

In der Nummer vom 5. Oktober 1926 schreibt Gew-Gwilly in dem Aufsatz „Die neue Wirtschaftspolitik Deutschlands“ u. a. folgendes:

„Fragen der Modernisierung der Ausrüstung, der Beschränkung der Ueberproduktion, der Herabsetzung der Produktionskosten, der straffen Finanzkontrolle, — all diesen Fragen in ihrem vollen Ernst stehen nahezu alle Industriezweige gegenüber. Den Kohlsyndikaten, den Stahl-, Farben-, Elektrotechnischen- und Maschinenbautrusts Deutschlands mit ihrer Konzentration in den allerproduktivsten Betrieben kann England praktisch nichts gegenüberstellen.“

Ein anderer Artikel — der Leiter in der Nummer vom 23. Oktober 1926 mit der Ueberschrift „Die Konsolidierung in der Industrie“ — spricht sich in noch bestimmterer Weise zugunsten der Konzentration („Konsolidierung“) aus:

„Die Vorzüge der Konsolidierung sind vielseitig und augenscheinlich. Es wird der kostspielige Parallelismus der Kapitalaufwendungen vermieden, ebenso wie unnötige Geschäftskosten; gleichzeitig werden bei einer Vereinigung der Untersuchungsarbeiten die vorteilhaftesten und nutzbringendsten Produktionsmethoden gefunden. Die Konsolidierung der britischen Unternehmungen schließt nicht die Möglichkeit freundschaftlicher Beziehungen zu den Konkurrenten des Kontinents aus. Es liegt aber auf der Hand, daß eine machtvolle Vereinigung der britischen Produzenten die Möglichkeit geben wird, viel befriedigendere Vereinbarungen zu erreichen, als wenn die an solchen Vereinbarungen Beteiligten gezwungen wären, gesondert zu verhandeln.“

Die praktischen Resultate dieser Konzentrationskampagne sind durchaus greifbar. Charakteristisch ist, daß die Konzentration in der letzten Zeit selbst in der Steinkohlenindustrie ernsthafte Fortschritte gemacht hat.

Der Londoner Korrespondent der „Ekonomitscheskaja Schisn“\* teilt mit:

„Die Tendenz zur Konzentration — ist eine reale Tatsache. Diese Tendenz entwickelt sich nach zwei Richtungen: in der Bildung sogenannter Bergbau-Vereinigungen und in der Verschmelzung einzelner Kohlengruben. Die Gesellschaft der „Vereinigten Anthrazit-Unternehmen“ umfaßt einen bedeutenden Teil der Anthrazitgruben. Die Gesellschaft der „Vereinigten Unternehmen“ (Absatz und Gewinnung von Anthrazit und bituminöser Kohle) beabsichtigt eine Verschmelzung mit den „Vereinigten Anthrazit-Unternehmen“. Falls diese Verschmelzung zustande kommt, wird die Gesellschaft der „Vereinigten Anthrazit-Unternehmen“ faktisch über ein Anthrazitmonopol verfügen. Von anderen großen Verschmelzungen, die in der letzten Zeit erfolgt sind, sind zu erwähnen: die Vereinigung der GmbH „Danby and Kydaby Mine coaleries“ mit der

\* Das Wirtschaftsleben.

„Dinnigton Mine coaleries“, „Rosington Mine coaleries“ und „Malby Mine coaleries“ zu einem Trust mit einer Produktionsfähigkeit von 4,5 Mill. Tonnen. Beachtenswert ist noch der Anschluß der „Rotherdam and Distrikt coaleries Association“ an die GmbH. der „Gruben der Vereinigten Steel-Kompany“ mit einer Jahreskapazität von mehr als 4 Millionen Tonnen.

Parallel mit der Vertrustung zeigt sich eine Tendenz zur Kartellierung der Kohlenindustrie. „Festsetzung einheitlicher Preise“ — das ist die Lösung.“

Die auffallendste Tatsache der letzten Jahre auf dem Gebiete der Konzentration der englischen Industrie ist fraglos die Bildung des grandiosen Chemietrusts „Imperial Chemical Industries“. Dieser Trust wurde durch Verschmelzung von vier der größten Firmen der Chemieindustrie gebildet. Sein nominelles, nahezu voll eingezahltes Kapital ist auf 65 Millionen Pfund Sterling festgesetzt, ist also bedeutend größer als das nominelle Kapital des deutschen chemischen Riestrusts „IG“, das 1100 Millionen Mark, das ist etwas weniger als 55 Millionen Pfund Sterling, beträgt.

Keynes trat in seinen schon erwähnten Ausführungen für die Idee der Konzentration der Baumwollindustrie ein, für die Schließung der unrentablen Unternehmen, für die größtmögliche Ausnützung der am besten ausgerüsteten Fabriken (an Stelle der jetzt festgesetzten kurzen Arbeitswoche) und für die Kartellierung zwecks Regulierung der Produktion und der Preise. Trotz der heftigsten Opposition seitens der weniger bedeutenden Unternehmen, haben diese Ideen außerordentlich weite Verbreitung gefunden und sind zum Teil auch schon verwirklicht worden. Wie der „Vorwärts“ vom 1. März 1927 berichtet, haben Unternehmen mit 20,69 Millionen Spindeln, das sind 76,23 Prozent der Gesamtzahl der Spindeln, die Grundprinzipien zur Bildung eines Kartells akzeptiert.

Eine ebenso starke Konzentrationsbewegung ist in der metallurgischen Industrie, im Maschinenbau und einer Reihe anderer, weniger wichtiger Industriezweige zu beobachten.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß der in der englischen Industrie sich vollziehende Konzentrationsprozeß die Position Englands auf dem Weltmarkt für Industrierzeugnisse wesentlich stärken wird. Mehr aber als irgendwo ist im gegenwärtigen England eine gesteigerte Konzentration dazu angetan, den Klassenkampf zu verschärfen und große soziale Erschütterungen hervorzurufen.

Überall führt die Konzentration unvermeidlich zum Ruin zahlloser schwächerer Unternehmer, zu einem Ansteigen der Preise und zur Stärkung der Position der Kapitalisten gegenüber der Arbeiterklasse. In England sind diese Umstände von besonders großer Bedeutung.

Besonders stark und zahlreich ist hier die Klasse der mittleren Bourgeoisie, der Leute mit einem bestimmten Vermögen. Es sind dies in der Hauptsache entweder die Besitzer selbständiger, nach modernem Maßstab nicht allzu großer Unternehmen, oder aber Aktionäre solcher Unternehmen. Die Konzentration berührt nun deren Interessen in der unmittelbarsten Weise.

Die Steigerung der Preise auf dem Innenmarkte ist die wichtigste Bedingung für die Konkurrenzfähigkeit der monopolistischen Organisationen auf den Auslandsmärkten. Das trifft besonders auf unsere Zeit zu, wo der Kampf um die Absatzmärkte eine besondere Verschärfung erfahren hat. Eine solche Steigerung der Preise innerhalb des Landes kann sich aber auf die Dauer nur bei Bestehen hoher Schutzzölle halten. Dadurch erklärt

sich denn auch die, wenn auch nur ganz allmählich, so doch stetige Stärkung des Protektionismus in England. Die unwesentliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten, als Ergebnis des Protektionismus und der Herrschaft monopolistischer Organisationen, untergräbt die Grundlage der bürgerlichen Welt Englands, das berühmte Breakfast, das billige englische Frühstück.

Endlich — und das ist das wichtigste — führen die Konzentration und die mit ihr natürlich verknüpfte Rationalisierung zu einer gewaltigen Zuspitzung der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten. Vor allem ist im Zusammenhange mit der Konzentration naturgemäß ein weiteres starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit in England zu erwarten. Schon dieser Umstand allein birgt die größten Gefahren für den englischen Kapitalismus in sich, für den die Arbeitslosigkeit schon in ihrem gegenwärtigen Umfange ein überaus ernstes Problem bildet. Ferner hat die Erfahrung der Steinkohlenindustrie handgreiflich dargetan, daß die englische Bourgeoisie fest entschlossen ist, die Konzentration auf Kosten der Arbeiterklasse durchzuführen; somit vollzieht sich schon der Prozeß der Konzentration selbst unter Klassenkämpfen. Aber auch nach der Durchführung der Konzentration wird die Bourgeoisie dank dem Bestehen einer großen Arbeitslosenarmee den Druck auf die Lebenshaltung des englischen Proletariats unvermeidlich fortsetzen und steigern. Welche Bedeutung dies für die revolutionäre Erziehung der Arbeiterklasse Englands hat, darüber braucht man sich nicht zu verbreiten. Und gerade deshalb, weil dieser Effekt der Konzentration von der ungeheuren Mehrheit der englischen Klein- und Mittelbourgeoisie wie von der englischen Arbeiterklasse klar erkannt wird, wird von den Bankiers und den sonstigen Leitern und Theoretikern des englischen Kapitalismus eine gesteigerte agitatorische Tätigkeit entfaltet, um den Widerstand dieser Klassen und Gruppen gegen die Konzentration zu dämpfen.

So erklärte beispielsweise Walter Leef, der Direktor der „Westminster Bank“, in seinem Geschäftsbericht auf der allgemeinen Jahresversammlung der Aktionäre am 27. Januar 1927, indem er seinen Sympathien für die Konzentrationstendenzen in der englischen Wirtschaft Ausdruck gab, unter anderem folgendes:

„Die zukünftige Organisierung der Industrie wird sich auf zwei Prinzipien aufbauen: Die Produktion muß bis zur Grenze des Möglichen erweitert werden, doch müssen hierbei Wettbewerb und Konkurrenz vermieden werden; zu diesem Zwecke wird der Staat sein Augenmerk darauf richten, daß hier nicht die Gefahr des Monopols oder einer Tätigkeit im Interesse irgendeiner einzigen Klasse entsteht.“

Aehnliche Vorbehalte, die man aus dem Munde aller Verteidiger der Konzentration in England hören kann, haben natürlich keinerlei Bedeutung. Die reiche Erfahrung hinsichtlich der Konzentration der Industrie in den kapitalistischen Ländern hat mit genügender Klarheit dargetan, daß die Konzentration, wie Lenin sagte, „auf der ganzen Linie zum Monopol führt“, daß eine der wichtigsten Grundlage der Konzentration der Abbau der Produktion und nicht deren Erweiterung ist, daß das Monopol eben nur im Interesse einer einzigen Klasse, genauer gesagt, vorwiegend im Interesse einer kleinen Oberschicht der Kapitalistenklasse ausgenützt wird. Die scharfe Zuspitzung der sozialen Gegensätze, die die Steigerung der Konzentration in ihrem Schoße birgt, werden die Führer des englischen Kapitalismus selbst-

---

verständlich weder verkleistern, noch „wagschwatzen“ können. Die Konzentration und die Rationalisierung verursachen ungeheure Erschütterungen des englischen Imperialismus. Die Positionen Englands hinsichtlich seines kolonialen Rohstoffmonopols sind erschüttert, und die Konzentration, die Stärkung der Industriemonopole ist deshalb für den englischen Imperialismus eine Frage von vitalster Bedeutung. Er ist somit gezwungen, neuen grandiosen Klassenkämpfen entgegenzugehen, die seine eigentliche Existenz bedrohen. Ein anderer Weg bleibt ihm nicht.

F. G.:

## ISK — MITTEILUNGSBLATT DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN KAMPFBUNDES\*

Diese dünne Zeitschrift ist das Organ einer zahlenmäßig unbedeutenden Gruppierung von Intellektuellen in der deutschen Sozialdemokratie, die sich um den Göttinger Philosophieprofessor Leonhard Nelson, der während des Krieges als Pazifist hervortrat, gruppieren. Für uns ist diese Gruppe insoweit von Interesse, als wir in ihr die konsequenteste Richtung der zahlreichen idealistischen Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung von Max Adler, dem „linken“ Austromarxisten über Radbruch bis zu Hendrik de Man verfolgen können. Der Nelson-Bund, wie diese Organisation in Deutschland allgemein genannt wird, hat eine Zeitlang den Groll der führenden Sozialdemokraten auf sich gezogen, da seine feste Organisation (die Mitglieder des Nelson-Bundes bilden eine Art Sekte, die außer Atheismus und strengem Vegetarierturn unbedingte Unterordnung unter den Führer Nelson vorsieht) insbesondere den sozialdemokratischen Jugendorganisationen unangenehm zu werden drohte, weswegen sie aus der SP ausgeschlossen wurde.

Nelson versuchte,

„dem Sozialismus im Anschluß an die Kantische Ethik und Rechtsphilosophie eine über den Relativismus von Marx' ökonomisch-genetischer Geschichtsauffassung hinausgehende philosophisch fundierte Begründung zu geben“. (Konrad Schmidt im Januarheft 1926 der „Sozialistischen Monatshefte“.)

Von dieser Basis ausgehend, kritisierten die Mitglieder des Nelson-Bundes sehr scharf die Haltung der Sozialdemokratie: sie negieren die Demokratie und fordern aktiven Kampf gegen die Kirche. Ihrer Organisation kann jeder angehören, der diese Anschauung billigt, aus der Kirche austritt, alkohol- und nikotinfrei und vegetarisch lebt.

Ein Teil der Nelson-Leute gehörte in der Zeit des Aufsteigens der revolutionären Welle in Deutschland der KP an, aus der sie 1922 wegen der Unvereinbarkeit der Nelsonschen Lehren mit den kommunistischen Grundzügen ausgeschlossen wurden.

In den uns vorliegenden Heften ihrer Zeitschrift finden wir die Stellungnahme dieses Grüppchens zu einer Reihe von aktuellen internationalen Problemen: Zur Frage des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, zur Frage der chinesischen Revolution und schließlich eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus.

Mit dem Faschismus hat die Gruppe Nelsons eines gemeinsam: ebenso wie der Faschismus sind sie Gegner der Demokratie, an deren Stelle sie die Regierung durch einen Führer, die persönliche Diktatur zu setzen beabsichtigen. In einer Auseinandersetzung mit einer Rede des bekannten Faschisten Alfredo Rocco führt Heinrich Nelson (nicht der Führer des Bundes) im Heft 2 der Zeitschrift aus:

„Der Faschismus will in der richtigen Erkenntnis, daß eine Regierung durch das Volk unsinnig ist, die Regierungsgewalt in die Hände eines zum Regieren geeigneten Menschen legen. Leider sagt aber uns der Faschismus nichts darüber, wie er den Regenten, den Führer des Volkes ermitteln, woher er ihn nehmen will.“ (Seite 45.)

Die Sozialisten um Nelson meinen also, daß der Fehler im Faschismus der sei, daß die Auswahl des Führers nicht auf die richtige Weise erfolgt sei. Sie setzen sich mit der faschistischen Phrase der Schaffung der Klassenharmonie durch die faschistische Diktatur dadurch auseinander, daß sie in ziemlich richtiger Weise das Fortbestehen und die Verstärkung der Klassegegensätze unter der faschistischen Diktatur darlegen. Da sie also wohl für das Prinzip der persönlichen Diktatur sind, aber gegen das Programm und gegen die Politik des Faschismus, müssen sie wohl oder übel eine Perspektive für die Entwicklung in Italien geben. Da sie den historischen Materialismus „überwunden“ haben, ist ihnen

\* Januar bis April 1927.

das nicht ganz leicht. Darum beschränken sie sich auf eine Feststellung der einzigen Möglichkeit der Verwirklichung des sozialistischen Ideals:

„Das sozialistische Ideal kann nur durch eine starke und zielbewußte Kampforganisation verwirklicht werden, eine Organisation, die unter einem unerschrockenen und charakterfesten Führer, wenn sie zur Macht gelangt, sich nicht nur auf die Gewalt allein stützt, sondern die Gerechtigkeit zur Grundlage des Staates macht.“ (S. 46.)

Was liegt näher, als daß der Nelson-Bund den „kritischen“ Maßstab seines Weges zur Verwirklichung des sozialistischen Ideals, den Weg des „charakterfesten Führers“ mit dem Grundsatz der „Gerechtigkeit“ außer Raum und Zeit, jenseits aller sozialen Beziehungen an den ersten sozialistischen Staat, die Sowjetunion, anlegt?

Dies geschieht in den gelehrten Artikeln eines Herrn Rauschenplat, der durch gewissenhaftes Studium der „Inprekorr“ und einer Reihe von Broschüren der Kommunistischen Internationale zu einem Kenner der russischen Verhältnisse geworden zu sein glaubt. In einem dieser Artikel, „Einige Lehren der russischen Revolution“ (ISK, Heft 1, 1927), sucht er zunächst in der Entwicklung der Partei der Bolschewiki und der Oktoberrevolution einen Beweis für die These von der Notwendigkeit einer persönlichen Diktatur zu finden.

Er ist natürlich nicht der erste Spießbürger, der die überragende Rolle Lenins in der russischen Revolution nur als die persönliche Diktatur eines Menschen verstehen kann und die Volksmassen, die organisierten Arbeiter und Lenins Partei zu Schachfiguren herabsetzen will.

„Bei dem allgemeinen Vertrauen zu Lenin — sagt er — war es offenbar nur eine Formsache, daß im Zentralkomitee der Partei oder auf Parteitagen über seine Vorschläge abgestimmt wurde. Diese demokratische Form zu beseitigen, unterließ Lenin. Das war ein Fehler, der erst nach seinem Tode sichtbar wurde.“ (S. 3.)

In der Entwicklung der russischen Partei seit dem Tode Lenins und insbesondere in der Tatsache, daß seit dieser Zeit in der Partei eine Reihe von Diskussionen erfolgt waren, sieht er den Beweis dafür, daß nur eine persönliche Diktatur die Durchführung, die Verwirklichung des sozialistischen Ideals ermögliche. Es ist schon oft genug in Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Artikelschreibern diesem Unsinn entgegengetreten worden. Seine Originalität besteht einzig und allein darin, daß dieser Art von Beschuldigungen in diesem Fall ein sozialistisches Mäntelchen umgehängt wird.

Außer dieser guten Lehre, die Herr Rauschenplat Lenin gibt, beschäftigt er sich noch wiederholt mit den laufenden Problemen in der Sowjetunion, insbesondere mit der Agrarpolitik. In seinem Artikel „Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjetunion“ im Märzheft der Zeitschrift lobt er Genossen Bucharin für die Erkenntnis, daß das Problem der Arbeitslosigkeit in hohem Maße auf dem Verhältnis zwischen Stadt und Dorf beruhe. Die Leute um Nelson sind Gegner des Kollektivismus und Anhänger der freien Konkurrenz. Sie sehen die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion nur in einzelnen Atomen, nicht in ihrer Gesamtheit; darum sagen sie z. B.:

„Den Bauern zu helfen, die sich ihr Privateigentum erhalten wollen, das erscheint unseren russischen Genossen nicht so wichtig wie die Industrialisierung Rußlands. Leider setzen sie dadurch alle sozialistischen Errungenschaften aufs Spiel.“ (S. 7.)

Man höre doch diese Konsequenz: die Industrialisierung widerspricht der wirtschaftlichen Entwicklung der Bauernschaft (schließlich geht es doch dem Bauern, der nicht durch Nelsons Schule gegangen ist, nicht um die juristische Tatsache des Privateigentums an Grund und Boden, sondern um seinen wirtschaftlichen Wohlstand). Weiterhin soll die Aufrechterhaltung des Privateigentums den Sozialismus in der Sowjetunion sichern.

Besondere Bauchschmerzen verursachen die „demokratischen Abweichungen“, die die strengen Kritiker insbesondere beim Genossen Bucharin finden.

„Alle Bolschewiki rufen nach mehr Kollektivismus. Angesichts der Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Kollektivismus zeigen, ruft Stalin nach mehr Erziehung und Bucharin nach mehr Demokratie. Dieser dreifache Ruf beruht auf irrigen Voraussetzungen.“

Merkwürdig. Stalin soll unter die Pädagogen gegangen sein und Bucharin unter die Demokraten. Wie harmoniert das mit den Tatsachen des sozialistischen Aufbaus, die ja niemand bestreiten kann. Dogmatiker, wie diese verlaufenen Intellektuellen, sind natürlich nur imstande, von ihrer vorgefaßten Meinung aus diese oder jene Äußerungen mehr oder

weniger geschützt zu zitieren. Die Tatsachen, das Werk des Aufbaues selbst, bleiben ihnen verborgen. Sie negieren alle Prinzipien, auf denen der sozialistische Aufbau beruht: die Planwirtschaft, die Abschaffung des privaten Grundbesitzes und die Einschränkung der freien Konkurrenz. Jedes Manöver, jedes Zugeständnis, das der sozialistische Staat zeitweilig machen muß, sehen sie infolgedessen triumphierend als eine Bestätigung ihrer eigenen klugen Auffassung an.

Wenn es einer Bestätigung bedürfte, daß diese harmlosen Idealisten nichts mit der Arbeiterklasse zu tun haben, so könnte ihre Stellungnahme zum Chinaproblem dafür genommen werden. Dort ist ein Vortrag eines Chinesen Chu Kun-ching, eines Schülers von Bertrand Russel abgedruckt. Der Mann, der als guter Mathematiker angepriesen wird, scheint kein besonders begabter Historiker zu sein. Er sieht das Hauptübel in China in der Uebertragung der „materialistischen Zivilisation Europas“ nach China.

„China ist immer ein Agrarstaat gewesen. Schon lange ist es vom Feudalstaatswesen losgekommen. Klassenunterschiede sind deshalb im sozialen chinesischen Leben nicht vorhanden, in dem Sinne, wie man sie in Europa zu verstehen pflegt. Ferner war der Unterschied zwischen Armen und Reichen nie groß (z. B. zwischen dem vielfachen Millionär Tschang Tso-lin und einem Kuli). So konnte das chinesische Volk, solange China nicht von außen gestört war, immerhin noch friedlich leben.“ (S. 33.)

Dieses Idyll wurde also gestört und die friedlichen Chinesen wurden zu kriegerischen.

„Sie dachten: Der Grund dafür, weshalb China den Abendländern unterlegen ist, liege am Mangel der Rüstungen und Munitionen und den westlichen politischen Systemen. So wurde Revolution gemacht, Demokratie eingeführt, Militär und Flotte gegründet.“ (S. 33.)

Sehen wir von den philosophischen Auseinandersetzungen über die chinesische Kultur usw. ab, und nehmen wir nur diese beiden Sätze: Ist das nicht Mussolinis Auffassung über Italien, angewendet auf China?

Das ist kein Zufall. Die ganze Richtung Nelsons mit ihrer antidemokratischen Einstellung, ihrer Forderung der Diktatur der Besten, d. h. der Intellektuellen, hat eine ganze Reihe von Berührungspunkten mit dem Faschismus. Organisationen, wie diese kleine Sekte, sind die Brücken, die jugendlichen Intellektuellen, die durch das langsame Tempo der revolutionären Entwicklung enttäuscht wurden, den Weg zum Faschismus abkürzen.

B. B.:

## „DER KLASSENKAMPF“\*

Der Leitartikel der zweiten Nummer ist dem 7. Erweiterten Plenum des EKKI gewidmet. Auf diesen Artikel folgen die vollinhaltlich wiedergegebenen Resolutionen des 7. Plenums des EKKI „Ueber die internationale Lage und die Aufgaben der KI“ und „Ueber die Trusts, über Rationalisierung und unsere Aufgaben in den Gewerkschaften.“

Mtd. behandelt in dem Artikel „Ueber die letzten Ereignisse in Albanien“ die Bedeutung des albanisch-italienischen Vertrages und weist darauf hin, daß Italien sich durch diesen Vertrag die Kontrolle über die Außenpolitik Albanien gesichert habe.

„In Wirklichkeit nimmt dieser Vertrag Albanien seine Unabhängigkeit und verwandelt es in eine Kolonie Italiens, in einen strategischen Stützpunkt gegen Jugoslawien.“

Der Autor beweist an Hand statistischer Daten, wie das italienische Kapital Albanien sicher durchdrungen hat und wie es hartnäckig und systematisch bestrebt ist, das adriatische Meer in ein italienisches Meer zu verwandeln, und Albanien sowohl als Rohstoff- und Absatzmarkt, wie auch als Stützpunkt für einen Angriff gegen Jugoslawien und die Türkei zu benutzen. Der Autor sagt, daß der italienisch-jugoslawische Konflikt wegen Albanien Bedeutung nicht nur für den Balkan, sondern auch große internationale Bedeutung besitze. Hinter diesem Vertrage steht England, das den italienischen Faschismus darin unterstützt, in die Kleine Entente, die das Bollwerk Frankreichs auf den Balkan bildet, einen Keil hineinzutreiben. Dieser Vertrag richtet sich demnach indirekt mit der Spitze gegen Frankreich (und die Türkei), was besonders England zusagte, dessen Streben danach geht, Jugoslawien aus der französischen Orientierung heraus und in den Kreis seiner gegen die USSR gerichteten Politik zu ziehen. Der italienisch-jugoslawische Konflikt gegen Albanien häuft damit in zunehmendem Maße die Explosionsstoffe nicht nur im Pulverkeller des Balkan, den ein kleiner Funke zum Auffliegen bringen kann, sondern auch in den anderen Teilen des Erdballes.

In dem Aufsätze des Genossen Morawz „Ueber die Stabilisierung des Kapitalismus in Jugoslawien“ ist von der aktuellen landwirtschaftlichen Krise, die sich in der letzten Zeit auch auf die Industrie ausdehnt, von der Differenzierung der Bauernschaft, von den neuen politischen Gruppierungen und von der ständigen Regierungskrise die Rede.

Die Nummer schließt mit dem Aufruf des 7. Erweiterten Plenums des EKKI gegen den weißen Terror in Polen und auf dem Balkan und mit einem bibliographischen Teil.

Der Leitartikel der Nr. 3 beschäftigt sich mit den Provinzialwahlen in Jugoslawien (23. 1. 1927). Das Resultat der Wahlen hinsichtlich der Verteilung der Mandate war folgendes: Die radikale Partei erhielt 447 Mandate; die kroatische Bauernpartei (Raditsch) 264; die Demokraten (Dawidowitsch) 134; die Mohammedaner (Spacho) Bosniens 66; die selbständigen Demokraten (Pribitschewitsch) 96; die slowenische Volkspartei (Koroschetz) 88; der Bund der Landwirte 64; die kroatischen Föderalisten (Trumbisch) 9; die montenegrinischen Föderalisten 5; die deutschen 4; der republikanische Arbeiter- und Bauernbund 8; der Arbeiterblock in Slowenien 4; die serbischen Republikaner 1 und der kroatische Block 1. Was die Zahl der von den einzelnen Parteien erhaltenen Wählerstimmen betrifft, so verloren die radikale (großserbische) Partei und die Partei Raditsch's gegenüber den letzten Parlamentswahlen (8. 2. 1925) sehr viele Stimmen: die erstere gegen 250 000, und die zweite 230 000. Dieses Wahlergebnis — so heißt es in dem Aufsatz — zeigt, daß der Differenzierungsprozeß unter der serbischen und der kroatischen Bauernschaft schon eingesetzt hat. Bezüglich des Arbeiter- und Bauernbundes wird in dem Leitartikel konstatiert, daß der Bund in Kroatien gegen 9000 Stimmen (am 8. 2. 1925 1968 Stimmen) in Dalmatien 7000 Stimmen erhalten hat. Die Kandidatenlisten der unabhängigen Arbeiter erhielten in Serbien 1800 Stimmen, in Montenegro 1200, in der Herzegowina 1000, in Bosnien 600 Stimmen.

In Slowenien erhielt der Arbeiterblock 14 049 Stimmen. Im Vergleich mit den

\* Eine marxistische Zeitschrift, Organ der KP Jugoslawiens, Nr. 2-3, Januar—März 1927.

Parlamentswahlen vom 8. Februar 1925 kann also eine Zunahme der Wahlstimmen für den Arbeiter- und Bauernblock konstatiert werden. Der Aufsatz schließt mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Hebung unseres Organisationsapparates sowie der Steigerung des Kampfes um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeit unter der Bauernschaft.

Der Aufsatz des Genossen Morawz: „Die Lage der Bauernschaft in Jugoslawien“ besteht aus zwei Teilen: Der Einfluß der landwirtschaftlichen Krise auf die Bauernschaft und die landwirtschaftlichen Steuern. Im ersten Teile des Aufsatzes weist der Autor an Hand verschiedenartiger und zahlreicher statistischer Daten nach, daß die Lage der Bauernschaft sich in steigendem Maße verschlechtert und im Zusammenhange damit sich auch der Differenzierungsprozeß des Dorfes zunehmend steigert. Im zweiten Teile des Aufsatzes spricht der Autor von den ungeheuren und verschiedenartigen landwirtschaftlichen Steuern in den einzelnen Provinzen. So konstatiert der Autor beispielsweise, daß der Bauer im Jahre 1913 für 38 Joch (gleich 21,87 Hektar) Land an Steuern 85,96 österreichische Kronen, d. h. 85,96 Goldkronen oder 390 Kilo Weizen gezahlt hat. Für die gleiche Fläche zahlte der Bauer im Jahre 1924 an Steuern in Papiergeld 2941 Dinar oder 267,36 Golddinar, d. s. 1225 Kilo Weizen. Im Vergleich mit dem Jahre 1913 hat also der Bauer an Steuern in Papiergeld um das 34fache mehr gezahlt (d. h. 3421 Prozent), in Goldvaluta dreimal soviel (311 Prozent), oder an Weizen um das Dreifache mehr (320 Prozent). Was die einzelnen Provinzen betrifft, so hat der serbische Bauer relativ weniger als die anderen gezahlt. So hat z. B. ein Bauer mit einer dreiköpfigen Familie und einem Angestellten an Steuern für 20 Joch und ein Haus mit vier Räumen in Serbien 1418,80 Dinar, in der Herzegowina dagegen 5542,88 Dinar gezahlt. Die Bauernschaft der nicht serbischen Gebiete zahlt folglich bei weitem mehr Steuern.

Außer diesen Aufsätzen und dem bibliographischen Teil enthält die Nummer 3 auch eine Gewerkschaftsbeilage, die Resolutionen des 7. Plenums des EKKI über die Lage in England und in Italien und die Abschiedsbriefe der zum Tode verurteilten litauischen Kommunisten.